

# Beitrag.

1850.

noch, daß wirklich die oben erwähnte Mobilisierung be-  
vorsteht."

Leftors fängt an, elbft die Kaltblütigkeit zu faffen. Seit 1806 hat Preußen nicht solchen Schimpf erfahren, wie der ihm heute von Warchau her gefolgt wird. Man fragt hier mit Erftauhen, wie es überhaupt möglich ift, das Graf Brandenburg einen Augenblick länger in der Hauptftadt Polens verweilen konnte, nachdem Rußland fih erlaubt, eine Note zu fchreiben, wie die in der heffifchen Interventions-Angelegenheit. Will man

den der Nationen Bedröcker der Schmach bis zur Hefe leeren lassen, ehe man an das beliebteste Nationalgefühl appelliert? Wüßte man doch bedenken, daß gewaltfam unterdrückte Gefühle leicht in der Wurzel ersickst werden und einst, wenn man ihrer bedarf, fehlen könnten. Die Presse aber darf nicht müde werden, den deutschen Stämmen es ans Herz zu legen, daß es sich heute nicht mehr um die Befriedigung kleinlicher Rivalität handelte.

Die Lenker des Staates Preußen können zeitweise eine solche Politik befolgen. Das Land Preußen behält deswegen doch die ihm durch seine Geschichte und seine Lage gegebene Mission, nämlich die Mission, eine Vormauer gegen den östlichen Barbarismus zu sein und zugleich die Politische Entwicklung Deutschlands von

den Hemmschuhen zu befreien, welche die Dynastie Habsburg und ihre Vasallen in München und Stuttgart ihm anzulegen beliebten. In dem Augenblick, wo Oesterreich an die fremde

Intervention applirte und von Vermittelung nichts wissen will, damit Preußen keine andere Rücksichten, als die seiner Existenz und damit also die Existenz des wärllichen Deutschlands kennen. Ein Staat Baiern, der dem grofsen Friedrich seine heutzige Existenz und dem französischen Kaiser sein Königthum verdankt, darf gegen den Willen Preußens

Wenn demnach das gegen den Warenpreisgesetz  
 wirkt in Aufheben Polstrick treiben, und wenn die preußi-  
 sche Regierung endlich Ernst macht, so werden alle jene Münche-  
 der Rodomontaden in ihr Nichts zusammenfallen. Es muß da-  
 hin kommen, daß jene Regierungen von Napoleons Gnade kei-  
 nen andern Ausweg mehr haben als entweder ihren Stolz beugen

oder aber vom Neuem die deutsche Nation an das Ausland verrathen. In letzterm unseligen Falle wird doch den bethörten Großdeutschen klar werden, daß sie zwischen Preußen und der Fremdherrschaft zu wählen haben.

Vorstehende Mittheilungen unseres Korrespondenten werden

durch folgende den Berliner Journalen entnommene Notizen  
theils bestätigt theils ergänzt Die Neue Nr. 2 te meidet:

Se. Majestät der König hat die Reise zur Jagd nach

Blankenburg, die bekanntlich auf heute festgesetzt war, auf=

gegeben und nahm heute Vormittag im Schlosse Bellevue den Vortrag des Ministers des Innern, Freiherrn v. Manteuffel.

hierauf folgendermaßen auseinander:

die preussische Regierung in Betreff der kurhessischen Angelegenheit erklärt, daß Rußland ein feindseliges Auftreten Preußens gegen andere deutsche Truppen in Hessen als eine Kriegserklärung an Rußland ansehen werde. Die Note hat übrigens das Eigenthümliche, daß sie den russi-

„Zuverlässigen Nachrichten aus Warschau zufolge hat bereits am ersten Tage der Unterhandlungen, während der mündlichen Konferenzen, eine Einigung zwischen Preußen und Oesterreich in Bezug auf mehrere der obwährenden Fragen stattgefunden.“

stattgefunden, und vielfach wurde die Hoffnung ausgesprochen, es werde dies auch in den andern Fragen und bei den schriftlichen Konferenzen der Fall sein. Der Graf v. Brandenburg ist

seinerseits eifrig emüht, die zwischen Oesterreich und Preußen streitigen Punkte auf friedlichem Wege auszugleichen, und dürfte mit dieser Bemühung um so glücklicher sein, als aufrichtige Freunde ihm zur Seite stehen, die es offen aussprechen, daß auf beiden Seiten gefehlt worden sei. Was aber auch der Ausgang der Konferenzen sein möge, die in Warchau versammelten Staatsmänner glaubten, nach Briesen von dort, nicht an den Krieg, selbst für den Fall nicht, daß inzwischen es schon zu einem Konflikt in Hessen gekommen sein sollte.“

„Ueber einen Rücktritt des Hrn. v. Manteuffel aus dem Ministerium liefen in letzter Zeit die widersprechendsten Gerüchte

herum. Uns wird von glaubhafter Seite mitgetheilt, Hr. v. Mantuffel selber habe sich neuerlich in vertrautem Kreise in dieser Beziehung dahin ausgesprochen, daß er Minister-Krisen stets als gefährlich für das Staatswohl erachte und es nicht für gerecht-

willig hätte, ein solches um der Stellung zu einzelnen Tragen willen herbeizuführen. Er werde wegen etwaniger Meinungsverschiedenheiten in einzelnen Dingen nicht aus dem Ministerium treten, so lange ihn das Vertrauen Sr. Majestät beuhe und sein Gewissen ihm das Weiben gestatte. Sollte aber unter den gegenwärtigen Umständen sein Austritt aus dem Ministerium etwa nothwendig werden, so würde dies für ihn die Veranlassung sein, sich gänzlich von den öffentlichen Geschäften zurückzuziehen."

Der Nationalleitung entnehmen wir Folgendes: Sollte der Kaiser von Rußland selbst nicht die sofortige unbedingte Anerkennung des Frankfurter Bundestages von Preußen kategorisch gefordert haben, so ist doch so viel gewiß, daß er im Falle eines wirklich eintretenden Konflikts sich mit aller Entschiedenheit auf die bundestägliche Seite zu stellen gezwungen hat. Die bereits erwähnte, gestern im Staats-Ministerium beratene russische Note wendet diesen Grundfak speziell auf die in Kurhessen vorliegende Sachlage an. Wir erfahren aus zuverlässiger Quelle, daß der Sach bestimmt erklärt hat, jeden Angriff auf die in Kurhessen einrückenden Bundes-truppen als *casus belli* anzusehen. Es wurde im Ministeriathe noch kein definitiver Beschluß gefaßt, jedoch von der einen Seite auf eine sofortige großartige Mobilisierung gedrungen. Es wird uns weiter gemeldet, daß Herr v. Manteuffel bei dieser Gelegenheit wieder als ganz entschiedener Gegner der Radowitschen Politik antrat, sich gegen jede weitere kriegerische Demonstration erklärte und den Augenblick gekommen glaubte, wo Preußen sich ausschließlich auf sich selbst zurückziehen und seinen deutschen Vätern zu entsagen habe. Der Zwiespalt im Ministerium dürfte diesmal ein folgenreicher werden, und es ist bei der drängenden Sachlage schwerlich ein längeres Zusammengehen der beiden einflußreichen Mitglieder zu erwarten. Wir erfahren schließlich

Der Uebersinger der russischen Note war Fürst Gagarin. Auffallend ist die Form, in welcher dieselbe zur Kenntniß des Ministeriums gelangte; dieselbe weicht von den bisher üblichen Formen des diplomatischen Verkehrs sehr ab. Nach der Ankunft des Fürsten Gagarin begab sich Baron Sudberg zum Könige nach Sanssouci, um Sr. Majestät persönlich die erhaltene Wertsache mitzutheilen.

Endlich meldete auch die Const. Ztg.: „Wir können mit Bestimmtheit alle Nachrichten, welche in diesen Tagen über die Warschauer Konferenzen im Gange waren, als verfrüht bezeichnen. Nach zuverlässigen, gestern hier eingetroffenen Nachrichten sind die preussischen Vermittlungsvorschläge sämmtlich abgewiesen worden. — Umlaufende Gerüchte wollen wissen, daß man die Mobilmachung einiger Armeekorps gestern beschlossen habe.“

Die „Deutsche Reform“ bringt zwar keinerlei thatsächliche Mittheilungen in Bezug auf die Wafchauer Konferenzen und die Schwierigkeit der gegenwärtigen Situation. Aber ein Leitartikel des ministeriellen Journals sagt uns ziemlich unvorbekannt was wir von der Politik des preussischen Kabinetes in dem entscheidenden Moment erwarten dürfen. Wir lassen den Artikel dem ganzen Wortlaute nach folgen, führen aber zuvor noch einige Worte des ministeriellen C. C. an, die sich noch vor wenigen Tagen in einem denselben Gegenstand betreffenden Artikel folgendermaßen geäußert hat:

„In dem Augenblicke, wo letzterer (der Bundestag) seine Interventions- und Pacificationsprojekte zu realisiren unternehmen und wo es sich für Jedermann darum handeln würde, Partei zu ergreifen, würde die Stellung Preussens eine viel kompaktere sein, als gewisse Leute es sich träumen lassen.“ Man vergesse nicht, daß bewaffnete „Interventionen“ und „Pacifikationen“ heutzutage nicht mehr Kabinets-, sondern nur National-Sachen sein können. Aus diesem Grunde wird bei solchen Unternehmungen fortan nur diejenige Stellung eine „isolierte“ sein, die keine nationalen Sympathien für sich in Anspruch nehmen kann. Die diese Sympathien besitzt, wird dagegen im entscheidenden Momente keine verlassen sein, sondern Allirte haben — und zwar die zuverlässigsten und stärksten, die es giebt.“

Die „Deutsche Reform“ will dieses Vertrauen ihrer ministeriellen Kollegin auf die Sympathien des Volkes nicht theilen, sie will von einer solchen Allianz nichts wissen und setzt ihre Ansichten hierüber folgendermaßen auseinander:

„Die Sympathien der Völker“ bei einem europäischen Kampfe: diese Hilfe wird uns nicht nur von den Liberalen und Radikalen in Aussicht gestellt, sondern selbst schon akkreditirte konservative Organe weisen die preussische Regierung auf diesen Bundesgenossen hin. Wir wissen die Sympathien der Völker an und für sich zu schätzen, aber wenn wir uns auf die selben zu einer großen That stützen sollen, so müssen wir zum wenigsten wissen, welcher Art sie in diesem Augenblicke sind.

d. h. auf welche Schichten und Richtungen in den Völkern dabei hauptsächlich zu rechnen sein dürfte. In dieser Beziehung müssen wir gestehen, daß uns in dieser Revolutionszeit nicht ganz heimlich ist bei den sogenannten Sympathien der Völker. Wer die Revolution in Europa für definitiv überwunden hält, der möge getroffen Muthes auf jenen Bundesgenossen bauen: wer aber mit uns glaubt, daß sie überall zwar vorläufig zurückgedrängt ist, aber überall auch nur auf den ersten Anlaß wartet, um ihre jerspernten Kräfte wieder zu sammeln, der wird jedenfalls überlegen, auf wie weit bei der Hoffnung auf die Sympathie der Völker etwa auch die revolutionären Elemente in den Völkern gerechnet werden mußte, und in wie weit diese Elemente während oder nach dem Kriege für ihre eigene Sache, für die Revolution zu wirken hoffen mögen. — Je näher uns ein großer Entschluß stehen mag, desto dringender scheint es, die Verhältnisse auch in dieser Beziehung klar anzuschauen, nicht als ob wir damit einen Ent-

schluß; den wirklich die preussische Ehre unabwendbar zu erheischen schiene, nichtsdestoweniger verhüten möchten, aber damit nicht durch die Hoffnung auf jene prekäre, unannehmbare und verhängnißvolle Bundesgenossenschaft der Entschluß selbst oder dessen Bedeutung getrübt werden könne. — Die sogenannten „Sympathie der Völker,“ wie man sie uns von mancher Seite verpfeicht, muß unserer Ansicht nach gerade ein Grund mehr zur Bentsichtigkeit für uns sein; denn wie an unserm Theil können sich im Fall eines Krieges wenig an die thatkräftigen und dauerhaften Sympathien des konservativen Kerns der Bevölkerung weder in deutschen Staaten, noch in Europa glauben, und zwar um so weniger, je mehr uns überall die scheinbaren Sympathien der Opposition sofort entgegenkommen würden. Schon fest ist in dem so allgemein vorausgesetzten Widerprude der deutschen Stämme gegen die Politik ihrer Regierungen zum Theil eine tiefgehende Mobilität zu erblicken, die sich aufheben, das

unabhängigkeit, Gleichberechtigung und Einigkeit: wir haben daher das Recht, in Baiern und Sachsen und selbst in Württemberg und Hannover nicht nur die Regierungen, sondern eben so ein sehr erheblicher Theil der konservativen Bevölkerung partikularistisch gesinnt ist, und daß dort fast die ganze konservative Bevölkerung im Falle eines Streites mit Preußen eben so von bairischem oder sächsischem Patriotismus u. s. w. erfüllt sein würde, als wir von preussischem. Wollten wir daher dort auf Sympathien rechnen, so könnte es nur im Hinblick auf die demokratischen Volkschichten geschehen, welche allerdings dort so wenig einen Sonderpatriotismus haben, wie bei uns in Preußen, bei welchen aber auch das vermeintliche „nationale“ Gefühl nur eine Aeußerung der viel weiter greifenden radikalen Bestrebungen ist. — Es wird uns freilich erwidert, daß ja die Demokratie in bairischen und sächsischen Staaten, wie in Preußen im Falle jenes Krieges theils niedergehalten, theils zu nationaler Begeisterung umgewandelt werden würde; aber es ist dies zunächst an und für sich eine Utopie, sodann reicht diese Voraussetzung nicht weit hinaus. Wollten wir es nämlich für die Dauer eines Krieges auch glauben, so würde es doch für die Zeit nach der Wendung desselben nicht mehr gelten können, am wenigsten, wenn man sich unterdef rings herum in den feindlichen Staaten, wie es doch zu dem Plane gehören müßte, etwa die demokratischen Elemente ermuntert und gekämpft hätte. Gehen ja doch manche „Konferen-

\*) Dem Herrn Korrespondenten zur Nachricht, daß das Schreiben vom 29. erst heute den 31. in unsere Hände gekommen ist, und daher zurückgelegt werden mußte. (Hed.)



vative" selbst so weit, mit ruhiger Miene davon zu sprechen, daß man gegen Österreich leicht wieder die Ungarn und Oberitalien erregen könnte, — und schienen dabei nicht im Entferntesten zu berechnen, ob und wie dem hierdurch möglicherweise entzündeten Brand einfiel wieder Einhalt gethan werden könnte. Selbst den Fall gesetzt, daß Preußen mit Hilfe jener „Sympathien der Völker“ gegen eine große Coalition stehen könnte, und daß für-erst die Wiederaufschwung des Patriotismus und des National-Gefühls alle bösen Elemente und Richtungen darniederhielte, — wie lange könnte dies nach dem Siege dauern, wenn doch zu gleicher Zeit in andern Staaten der Demokratie und ihrer schnell anwachsenden Propaganda wieder aufgehoben worden wäre? Der Konfessionsallianz aller Länder ist solidarisch, und der Standpunkt jenes Sonderkonfessionsallianz wäre ebenso innerlich unhaltbar, wie moralisch verwerflich. — So sehr wir doch wünschen müssen und erwarten können, daß Preußen eine Politik befolge, welche, wie der eigenen preussischen Ehre, so den Sympathien der Bes-zeren unter allen Völkern entspreche, so müssen wir doch eben so entschieden eine Hindeutung auf die „Sympathien der Völker“ in dem beregten allgemeineren Sinne zurückweisen, — und wir halten es, wie gesagt, um so mehr für unsere Pflicht, dies gerade jetzt auszusprechen, je gefährlicher und der Einfluß jener vagen Ansichten auf die eventuell zu fassenden schweren Beschlüsse erscheinen würde.

Ihre königlichen Majestäten traten gegen Mittag 3. kl. H. dem Prinzen und der Prinzessin Friedrich von Preußen die Gratulation zu höchst erfreulichem Geburtstag ab.

Se. Majestät der König verweilten auf der Rückfahrt zum Bahnhof kurze Zeit im Ministerium des Auswärtigen. Ihre königlichen Majestäten kehrten mittelst Extrazuges um 1 Uhr nach Potsdam zurück. (M. P. 3.)

[Ueber die Sendung des Generals Hahn] wird uns folgen-der Nähere mitgeteilt. Derselbe hat den Auftrag, der Statthalterchaft darzulegen, daß die preussische Regierung die nunmehrige Beendigung des Krieges für sehr wünschenswert erachte. Der übereinstimmenden Haltung der Großmächte gegen-über, die ihr Gewicht für die Herstellung des Friedens und für Dänemark in die Waagschale werfen, werde die vereinzelte Stellung der Herzogthümer immer schwieriger. Auch Preußen werde in seiner Isolierung eine Stellung endlich nicht mehr behaupten können, in welcher es ganz Europa gegen sich habe. Dänemark habe in Berlin seine Bereitwilligkeit ausgesprochen, einen Waffenstillstand mit den Herzogthümern für eine längere Dauer, min-destens für 6 Monate, abzuschließen, der als Grundlage für Unterhandlungen dienen solle, welche zu einer endlichen Regelung der Differenzen führen würden. Die Statthalterchaft solle nun ihre Bereitwilligkeit und die oft ausgesprochene Stimmung zum Frieden dadurch bekräftigen, daß sie einen solchen Waffenstillstand den Dänen anbiete. (M. P. 3.)

Eine Notiz der Const. Ztg. über denselben Gegenstand lautet: „Man erzählt, daß General Hahn die Statthalterchaft zunächst zu einem Waffenstillstand bewegen sollte. Nach dieser Bewilligung hätte dann unverzüglich die Einsetzung der Friedens-Kommission erfolgen sollen. Nach glaubwürdigen Privatmittheilungen hat aber die Statthalterchaft den Waffenstillstand nur unter Bedingungen anzunehmen sich bereit erklärt, die voraussicht-lich nicht zu der beabsichtigten Einigung führen werden.“

[In der gestrigen 40. Sitzung des provisorischen Fürsten-Kollegiums] kam eine neue Erklärung auf das preussische Votum wegen der Zukunft der Union zur Berathung, nämlich die Erklärung der lippeischen Regierung. Derselbe stimmt dem Sinne nach mit den früheren Erklärungen der odenburgischen, braunschweigischen, thüringischen und anhaltischen Regierungen überein. Den Rest der Sitzungen füllten vertrauliche Mittheilungen und Besprechungen. (C. C.)

[Der päpstliche Nuntius] zu Wien, Signore Biagio Preta, welcher beauftragt ist, dem Fürstbischof von Breslau, Herrn v. Diepenbrock, und dem Erzbischof von Köln, Herrn v. Geißel, den Kardinalsbischof mit den üblichen Feiertags-geheimnissen zu überreichen, langte am 28ten d. M. in Begleitung des päpstlichen Legation, Signore Prospero Buffi, nebst zwei Sekre-tären und zwei päpstlichen Kavaliers, über Prag und Dresden hier an, um, bevor er sich dieser Handlung in der preussischen Monarchie unterzieht, Sr. Majestät dem Könige persön-lich seine Aufwartung zu machen. Gleich nach seiner Ankunft begrüßte ihn im Hotel de Rome, wo er abgeblieben, die hiesige katholische Geistlichkeit, an deren Spitze sich der Probst Pellmar befand. Der Prälat gedachte bis nächsten Sonnabend hier zu weilen und täglich des Morgens um 8 Uhr in der St. Hedwigs-Kirche zu fungieren. Zuerst begibt sich derselbe von hier nach Breslau und dann nach Köln. (Reform.)

Am 28. d. Mts. kamen hier 715 Personen an und reisten 721 ab. Angenommen: der kaiserliche kabinets-Ritter Fürst Gagarin von Frankfurt a. M., der apostol. Nuntius Mons. Biagio Preta, Erzbischof von Karthago, von Wien. Abgereist: der kaiserliche österreichische Gesandte v. Dabovich nach Dresden, der k. belgische Gesandte Graf van der Straeten de Pontaz nach Hamburg. (C. C.)

Potsdam, 28. Oktober. [Militärisches.] Die beiden Garde-Kavalerieregimenter: das Garde-Husaren u. Garde-Landwehr-Regiment, haben Ordre be-kommen, sich marschfertig zu halten. (Epen. 3.)

Düsseldorf, 28. Oktober. [Militärisches.] Es ist plötz-lich auf ungewohnten, d. h. direktem Wege vom Kriegsmini-sterium an das Kommando des 16. Infanterie-Regiments die Anfrage ergangen, in wie kurzer Zeit und in welcher Stärke das Regiment auszuweichen im Stande sei? Das wird dem Verneh-mer nach in weniger als vierzehn Tagen und in der Stärke von 25 bis 2600 Mann geschehen können. (Köln. 3.)

Koblenz, 28. Oktober. [Militärisches.] Wir vernehmen so eben aus guter Quelle, daß der Befehl bei den Landrathe-Ämtern des Regierungs-Bereichs eingetroffen ist, die jüngere Mannschaft der Landwehr zum Dienste einzuberufen. (Köln. 3.)

## Deutschland.

Frankfurt, 28. Okt. [Truppenbewegung. Schren-king. Die Konferenz zu Regensburg.] Außer der ersten Ar- mee, unter dem Befehle des FML. Grafen Wratislaw, ha- ben, wie man so eben erfährt, das 7te Armeekorps unter FML. v. Appell in Bologna, und das 8te Armeekorps unter FML. Grafen Schaffgotsch in Gera, Marschbefehl erhalten. Die Brigaden der General-Majore v. Sandell, v. Reischach, v. Corzutti sollen sogleich aus der Lombardie und Venedig nach Tyrol aufbrechen. Das Hauptquartier der ersten Armee soll von Wien nach Böhmen (vermuthlich nach Prag) verlegt werden. — Der würdige, hier sowohl von jeder Truppengattung als von der Bürgerschaft hochgeehrte FML. v. Schrenking erhielt gestern durch seinen Nachfolger, den FML. Grafen Leiningen, das aus Schönbrunn vom 19ten d. M. datirte Reskript Sr. Majestät des Kaisers, nach welchem derselbe sich möglichst schnell nach Wien zu begeben hat, um dort seine neue Bestimmung zu erhalten. Es ist nicht zu bezweifeln, daß dieser ausgezeichnete General eine wohlverdiente Stellung erhalten werde. General v. Schrenking hat heute Vormittag um 10 Uhr das gefamte k. ö. österreichische, k. preussische, k. bairische und frankfurter Armeekorps zu sich beschieden und dasselbe seinem Nachfolger vorgeführt. Vermuthlich wird Baron v. Schrenking, nach erfolgter Übergabe des Kommandos, noch in dieser Woche von hier abreisen.

In dem ultraliberalen Londoner Blatt „Daily News“ finden wir in dessen neuester Nummer in einem Leitartikel über die deutschen Angelegenheiten, einige Angaben über den Kongreß zu Regensburg, wie sie mit solcher Bestimmtheit bisher noch von kei-

nem deutschen Blatt mitgetheilt worden sind. Demnach wäre der Gegenstand der Beratungen in Regensburg, welchen auch der russische Staatsminister Graf Nesselrode beizuhöhen, die Frage gewesen, auf welche Weise die Stütze zu überwäligen sei, welche Preußen dem folgenden Konstitutionalismus, besonders in Hes-sen-Kassel, leide. Dieses Vorhaben auszuführen, hätten die Monarchen ein Protokoll unterzeichnet, und von dem Grafen Nesselrode, als dem Vertreter des Kaisers von Rußland, sei dasselbe gebilligt und gegengezeichnet worden, in welchem sich jene verpflichten, eine Armee von 200,000 Mann mobil zu machen, von welchen Österreich 150,000 Mann und den Rest die übrigen Monarchen zu stellen hätten. Diese Armee solle der Bundesversammlung in Frankfurt zur Verfügung gestellt werden, um deren Beschlüsse zu voll-ziehen. In der weiteren Ausführung des Artikels wird darzu-ge-then versucht, daß mit diesem Resultat des Kongresses zu Re-gensburg auch die entschiedenere Haltung zusammenhänge, welche Frankreich und Rußland, Preußen gegenüber, in der deutsch-dä-nischen Frage eingenommen haben. Es gelte, Preußen zur Anerkennung der Bundesversammlung zu nöthigen. (Vergl. den Artikel London.) (D. P. A. 3.)

Dem hiesigen Quartieramt ist die Anzeige zugegangen, daß in den ersten Tagen des November der Durchmarsch preussischer Ergänzungsmannschaften für das in Baden stehende preussische Armeekorps erfolgt. Jedoch soll nur die Kavalerie in den zu Frankfurt gehörenden Des-schäften einquartiert werden; die Infanterie dagegen setze ihren Weg auf der Main-Neckar-Bahn ohne weiteren Aufenthalt fort. — Graf Thun hat in diesen Tagen die frühere Amtswohnung des kaiserlich österreichischen Bundespräsidial-Gesandten im fürstlich Thurn- und Taxis'schen Palais bezogen. (Frankf. Journ.)

Kassel, 29. Oktober. [Tagesbericht.] Der Aus-marsch der Truppen hat ganz in der Weise, wie wir gestern mittheilten, stattgefunden. Nur die Handwerker-Kompagnie ist noch zurück geblieben und heute nach einem nahe gelegenen Dorfe, Wolfanger, verlegt worden, um von da aus das Pulvermagazin zu bewachen. Sie hat ebensowohl den Be-fehl, sobald anderes Militär einrückt, sich als abgelöst zu be-trachten und dem kurfürstlichen Armeekorps zu folgen. — Die Kriegsschule hat ihren Unterricht einstellen müssen und die Kadetten, die noch nicht den Regimentsdienst eingeübt waren, sind auf Urlaub nach Hause geschickt worden. Diese dagegen sind mit Ausmarsch. — Auch der Generalleutnant Bauer, wel-cher die ganze Zeit über krank gemeldet war, ist gestern wieder gesund geworden und heute mit ausgerückt. — Die Militär-straf-Abtheilung, welche beim Beginn unseres Kriegszustandes von hier nach Hofgeismar verlegt wurde, ist wieder einge-rückt und hat das Kassel bezogen. — Mit dem f. g. Ober-befehls-haber sind auch die Regierungsräthe v. Specht und Klinkerfues abgezogen. — Im Kriegsministerium wer-den sogar die Leute eingepackt und auf Wagen verladen, und sämtliches Personal soll damit die Stadt verlassen; nur ein Offizier (Hauptmann Engelhard) und der Pöbel werden zu-rückbleiben. — Hinsichtlich des Staats- und Hauschaks hat sich nun der Zwischenfall ereignet, daß die Direktion die Weisung erhalten, sich nöthigenfalls vermittelst des noch anwe-senden Schützenbataillons die nöthige Deckung zu ver-schaffen und dies entweder ganz oder theilweise zu diesem Zwecke zu requiriren. Die deshabigen Befehle seien ertheilt. — Die 12. Kompagnie der Bürgergarde hatte gestern Abend spät, 10 Uhr, noch eine Wache im Rathhause bezogen und ist daselbst bis heute Morgen um dieselbe Stunde geblieben.

Vor dem Schluß unseres Schreibens geht uns noch die Nachricht zu, der f. g. Bundestag in Frankfurt habe den Grafen Reckerg zum Militärkommissar für Kurhessen mit den ausgedehntesten Vollmachten ernannt, und dieselben würden als-bald hier eintreffen und eine entsprechende Proklamation erlassen. — Die Würfeln fallen demnach und jetzt wird sich die preussische Politik offenbaren müssen. Jetzt muß der Schleier herunter; jetzt wird Deutschland fest können, ob es Ernst mit den Noten und Protesten war oder nicht. Ob Preußen erklären muß, es giebt kein Recht mehr in Deutschland, nur noch Ge-walt ist Recht, und dieser zu widerstehen, dazu sind wir zu schwach.

Fulda, 26. Oktober. [Das preussische und bairische Observationskorps.] Meine gestrige Mittheilung muß ich dahin berichtigen, daß sich zwar General v. d. Gröben eine kurze Zeit zu Geisa aufgehalten hat, daß aber das Haupt-Quar-ter nicht dortselbst, sondern in dem Flecken Uttlar, der ersten Poststation der Leipziger Straße an der kurfürstlichen Grenze ist, so wie daß die Zahl der in jener Gegend befindlichen preussischen Truppen schon 8000 Mann beträgt. Bairische Truppen stehen im Landgericht Fladungen, Hilders und im bairischen Städtchen Tann, von den Preußen nur auf eine Stunde ent-fert. Die preussischen Offiziere sprechen es ganz bestimmt aus, daß, wenn Bayern in Kurhessen einrückt, sie ihnen auf der Stelle den Kampf bieten würden. — Eine vorgefertigte in Geisa eingetroffene Nachricht, die Bayern seien in kurz. Gebiet eingerückt, hatte die Folge, daß sich die Preußen augen-blicklich zum Aufbruch bereit machten; als jene Nachricht sich als eine irrige erwies, wurden preussischer Seits Dilekts nach der bairischen Grenze hin abgesendet. Ein im Städtchen Geisa sich aufhaltender bairischer Gensd'arm wurde von den Preußen ausgewiesen und nach der bairischen Grenze gebracht. Das erste Ziel der Preußen ist nach der Aussprache eines preussischen Stabs-offiziers die Besetzung der Stadt Fulda. (Frankf. 3.)

Eisenach, 28. Oktober. [Die Bewegungen der preussischen Observationskorps.] General v. Bonin, der das Weichsel-Armeekorps befehligte, ist heute hier angekom-men; nachdem schon vorgeföhren Generalleutnant v. d. Grö-ben mit seinem Generalstabe angelangt war. Jenes Armeekorps ging übrigens in Einmärschen über Gießen, Alsfeld und Hersfeld, und ließ gestern Abend zu den übrigen an der Eisenach-kurfürstlichen Grenze stationierten Truppen. Doch wird ein Theil der letzteren wieder zurück nach dem durch die Eisenbahn so nahen Erfurt gehen. Vom 30. ab erwarten wir sowohl starke Einquartierung, als zahlreiche Durchmärsche. Von dem Weichsel-Armeekorps ist heute bereits eine Schwa-dron Ulanen hier angekommen und werden noch mehrere nach-folgen. Die Preise der Lebensmittel gehen hier und noch mehr im Ueberlande in die Höhe, ja Einiges, wie z. B. Butter und Eier, ist dort schon nicht mehr zu haben, obgleich sehr bekapete Proviantwagen dorthin gegangen. — Am meisten sind die preussischen Truppen in den an der bairisch-fürstlichen Grenze gelegenen Orten des Eisenacher Ueberlandes angehöf. Dort steht auch die Avantgarde, welche bereits eine Vorposten-linie aufgestellt. — Eingegen sind auch schon auf morgen 1000 Mann Bayern in dem nur eine Meile entfernten bairischen Städtchen Tann angesetzt. (Nat. 3.)

Gotha, 25. Oktober. [Militärisches.] Unsere Stadt befindet sich in nicht geringer Aufregung. Vor einigen Tagen traf nämlich hier eine telegraphische Depesche ein, welche neben der Anfrage, ob der Herzog gegenwärtig in Gotha sich auf-halte, den Befehl des preuss. Kriegsministeriums für den-selben enthielt, den Oberbefehl über eine Armeedivision, dem Vernehmen nach in Rheinpreußen, zu übernehmen. Bekanntlich ist der Herzog in preuss. Militärdienste und hat die Charge eines Generalleutnants. Auch soll die Einberufung der vor einiger Zeit beurlaubten hiesigen Soldaten erfolgen. (E. 3.)

Münster, 26. Oktober. Heute Morgen 7 Uhr ist das 2. Bataillon des hier garnisonierenden 4. Regiments nach Aschaffenburg abmarschirt, das 3. Bataillon verbleibt den Garnisons-dienst. Um 8 Uhr nahm dieselbe Richtung das Bataillon des 6. Regiments, welches, von Amberg kommend, gestern hier ein-quartiert wurde. (Münch. C.)

Aschaffenburg, 27. Okt. Gestern Abend kam der Ar-meekorps-Kommandant und Generalleutnant Fürst von Thurn und Taxis mit dem Dampfschiffe dahier an. Zugleich rückten auch die vorgeföhren angekommenen zwei Kompagnien des in Frankfurt liegenden 3. Jägerbataillons, die dem Hauptquartier zugetheilt sind und bisher in Goldbach und Hösbach einquartiert waren, in die Stadt ein. — Heute früh inspizierte Fürst Thurn und Taxis in Begleitung des ganzen Generalstabes in der Ka-serne die hier befindlichen Truppen, nämlich das 2. Bataillon des 11. Regiments und das k. ö. österr. 14. Jägerbataillon. (Aschaff. Ztg.)

München, 28. Okt. [Immer langsam voran.] Hört man unsere Soldaten beim Biertrug, so ist immer einer schon im Stande ein preussisches Armeekorps in die Gasse zu schlagen. Doch von Oben herab nimmt man das Ding nicht so leicht und scheint langsam zu Werke gehen zu wollen. Man beschränkt sich nämlich vorläufig noch auf kriegerische Erlasse und zwar sowohl auf Drohungen gegen auswärtige, als innere Disziplin. — Einen solchen Erlaß habe ich Ihnen bereits gestern mitgetheilt, heute erfolgt ein anderer. Es wurden nämlich alle Redakteure und Eigenthümer von Zeitschriften vor die Polizei-Direktion gefordert und ihnen bedeutet, daß sie sich von nun an aller Mittheilungen über Stand, Stärke und Operationen der verbündeten bairisch-österreichischen Armee, zu ent-halten hätten, die nicht aus offizieller Quelle kommen. Die Vertreter freisinniger Blätter erklärten entschieden, diesem schnöden Anfinnen nicht beitreten zu wollen. Nur ein Redakteur, jener der „Volksboten“, genigte der Polizei. — Morgen und übermorgen gehen Truppen zur Main-Armee ab.

Münch., 26. Okt. [Rüstungen.] Gestern wurden alle hier nur irgend entbehrlichen Waggons nach Stuttgart abgefordert und abgeführt — eine der Maßregeln, die darauf hindeuten, daß auch Württemberg seinen Antheil an den Kriegsrüstungen zu tragen bekommen wird. (U. Schnellp.)

Stuttgart, 25. Oktober. [Verschiedenes.] In der gestrigen Sitzung des Volksvereins wurde eine von H. Müller entworfenen Adresse an das kurfürstliche Volk verlesen und be-schlossen, dieselbe an den Vorstand des ständischen Ausschusses in Kassel zu senden und sie auch durch die Presse zu ver-öffentlichen.

Die Sendung des Hrn. v. Wiederhold nach Wien be-züglich sich, so wie auch den Offizieren bedeutet wurde, ihre Feld-ausrüstung stets so vollständig zu erhalten, daß etwa einkom-mende Befehle sie nicht in Verlegenheit setzen. (E. 3.)

Karlsruhe, 27. Okt. [Ueber die Ursache der plötzli-chen Entlassung des Ministers Klüber.] zirkuliren ver-schiedene Gerüchte. Derselbe ist ohne Zweifel vom Theil in der Entscheidung unglücklicher Aufnahme zu suchen, die dem Vertrage mit Preußen, der vorzugsweise Klüber's Werk ist, in beiden Kammern zu Theil wurde, bei welcher Gelegenheit die übrigen Mitglieder des Staats-Ministeriums ihren Kollegen selber Preis gaben. Namentlich soll der Finanz-Minister Regener in der neulichen geheimen Sitzung der ersten Kammer Herrn Klüber, als derselbe die dem Lande aus jenem Vertrage erwachenden Lasten als nicht so bedeutend darzustellen suchte, geradezu entge-gentretten sein und dieselben als unerschwinglich bezeichnet haben. Nach der Anzeige in der heutigen „Karlsruher Zeitung“ scheint übrigens die Entlassung ohne vorgängiges Ansuchen Klüber's statt-gefunden zu haben. Sein Nachfolger, v. Ritt, bisher Ge-sandter in München (nicht zu verwechseln mit dem früheren Mi-nister des Innern dieses Namens), soll ein entscheidender Anhän-ger der großdeutschen Politik sein. Sollte aus seiner Ernennung auf einen Umschlag in der Politik unserer Regierung zu schließen sein, so würde das bisherige gute Einvernehmen zwischen ihr und der zweiten Kammer bald ein Ende haben. (E. 3.)

Dresden, 28. Okt. [Der Soldateneid. — Kammer-Verhandlung.] Das k. Kriegsministerium hat durch Ver-ordnung nach eingeholter allerhöchster Genehmigung anbe-fohlen, daß in dem Soldateneide sowohl als in den Kriegsgesetzen der Landesverfassung in Zukunft keine ausdrückliche Er-wähnung mehr gethan werde.

Die erste Kammer hat heute die Position des Kriegsmini-steriellen Ausgabenbudgets angenommen. Ege die Deputation die Annahme derselben empfahl, sprach sie im Namen der Kammer der Arme die Anerkennung ihrer Tapferkeit, Pflichttreue und Ausdauer sowohl im schleswig-holsteinischen Feldzuge, wie bei den späteren Ereignissen aus. Die Kammer giebt ihre Zustimmung durch Aufstehen zu erkennen. — Der Bericht über das neue Preßgesetz liegt gedruckt vor. Die Deputation empfiehlt mit wenigen Modifikationen Annahme desselben, namentlich will sie Entziehung des Postdebit für auswärtige Blätter. (Sächs. Bl.)

Leipzig, 30. Okt. [Suspension.] In Folge des in erster Instanz gefällten Urteils wird die Professoren Haupt und Kommissen sind dieselben von ihrer akademischen Ehrenwirk-samkeit suspendiert worden; sie beziehen einstweilen nur ihren halben Gehalt. (D. A. 3.)

Hannover, 29. Okt. [Der Ministerwechsel.] führt einige Veränderungen in der Landesvertretung mit sich. Aus der ersten Kammer scheiden die Herren Braun und Prott, aus der zweiten Herr v. Düring als vom König ernannte Mitglieder der Kammern. Vennigen, Stäbe und Lehen behalten als erwählte Abgeordnete, wenn sie wollen, ihren Sitz. Ob Herr v. Münchhausen, welcher bereits als vom König ernanntes Mit-glied in der ersten Kammer Sitz und Stimme hat, in seiner neuen Eigenschaft auch neu ernannt werden muß, ist zweifelhaft. Die Städte Lüneburg und Northeim verlieren ihre Abgeordneten, die jetzigen Staatsminister Lindemann und Meyer. Den erheb-lichen Einfluß wird der Wechsel auf das Präsidium der zweiten Kammer üben, welcher in Lindemann nicht nur der Präsident, sondern auch in Meyer dasjenige Mitglied entzogen ist, welches fast allein fähig und geeignet war, von einem Ministerium Lin-demann als Kandidat zur präsidiensteltung aufgestellt zu werden. — Nach einer Notiz der Reichszeitung soll das neue Mi-nisterium merkwürdigerweise dem Bundes-Beschluß vom 21. Septbr. seine Anerkennung versagt und Deroimot desavouirt haben. (3. f. N.)

## Schleswig-Holsteinische Angelegenheiten.

Kiel, 29. Okt. Seitdem General Hahn hier ange-langt ist, hält der Minister Rath täglich zweimal Sitzungen, zu welchen der preussische Gesandte nicht selten hinzugezogen wird. Die Statthalter, welche sich leghim mehr in Rendsburg als in Kiel aufgehalten, weilen jetzt anhaltend hier, und General Hahn, welcher mit einem Adjutanten angelangt ist und nicht, wie es geheißen, in Giehl, sondern in Militärlaubung erscheint, wird eine Zeit lang hier verweilen, wozu er in seinem Gasthofe, Brand's Hotel, schon alle Einrichtungen getroffen. — Das Etwas im Auge ist, was für unsere Streifschiffe von Wichtig-keit sein möchte, liegt, mitgetheilten Thatsachen zufolge, auf der Hand. Das frühere Gerücht, daß General Hahn die Zurück-ziehung unserer Truppen aus holsteinisches Gebiet verlange, wie-derholt sich auch heute, obgleich mit der wichtigsten Hinzufügung, daß alsdann auch Preußen an Dänemark seine Forderungen stellen werde. An vielen anderen, an die Sendung sich knüpfenden

abenteuerlichen Gerüchten fehlt es natürlich auch nicht. Als ein solches müssen wir die Erzählung bezeichnen, welcher zufolge General Hahn ein Schutz- und Trugbündniß Preußens mit den Herzogthümern eingeleitet habe, falls es zu einem europäi-schen Waffenkonflikte komme. Endlich erzählt die unzuverlässige Fama, daß oftgen. General dem Ober-Kommandeur Willisen zur Seite gestellt werden solle. — Wir nannten gestern unter den bei Friedrichsstadt Verwundeten auch Ihren Landemann, Sergeant Henne aus Breslau. Derselbe kam schon vor 1848 als Buchbindergehilfe hierher, trat in diesem Jahre als Begeisterung für unsere Sache in das Kieler Turnercorps, als dessen Hauptmann er bei Bau gefährlich verwundet und von dort nach Kopenhagen geschleppt wurde, wo er ein Jahr der bittersten Gefangenschaft verlebte. Nach Kiel zurückgekehrt, trat er ins 6. Bataillon als Unteroffizier ein und machte die folgenden Feldzüge mit. Bei Friedrichsstadt trafen ihn zugleich vier Kugeln, so daß er eine Hand verloren hat, während an der an-deren mehrere Finger zerschmettert sind. Die Unteroffiziere seines Kompagnie nehmen nun im Kieler Wochenblatt für den ganz arbeitsunfähig gewordenen Breslauer Patrioten die öffentliche Unterstützung in Anspruch, was wir den Schlesier zur Beach-tung mittheilen. Die Sammlungen für Friedrichsstadt dauern fort, und soeben hat auch General Willisen 100 Mark dafür gezeichnet.

Kiel, 29. Okt. Heute Nacht um 3 Uhr wurde hier und in Friedrichsfort Alarm geblasen. Bald darauf rasteten Wagen durch die Straßen, welche von hier 1 Kom-pagnie und der nahe Weste 3 Kompagnien des Eskadronbataillons eiligt weiter brachten; der Marsch ging zu Lande und zu Wasser nach der am Schmarsunde liegenden holsteinischen Stadt Hei-ligenhafen, nachdem ein Courier eingetroffen war, daß die Dänen dort gelandet seien. Wir haben bei dieser Stadt zwei Kanonenböte liegen, um deren Raperung der Feind gekommen wäre, die Fama geht, er habe sie, freilich nicht ohne großen Ver-lust, weggeführt und verschänge sich auf dem dortigen deutschen Boden. Wir glauben beides zwar nicht, doch aber wäre letzteres nicht unwahrscheinlich, — insofern er es könnte — da man hier allgemein erzählt, der dänische Gefandte v. Bülow habe beim sogenannten Bundestage um die Erlaubniß nachgesucht, Hol-stein angreifen zu dürfen, und er habe sie erhalten. Wenn der Feind nun sein Augenmerk zunächst auf den nordöstlichen Theil des Bundeslandes richtet, so hat dies seinen Grund darin, weil dieser von Rendsburg am weitesten entfernt, von Sehmars aus, welche Insel bloß ¼ Meile durch den Sund von Heiligenhafen abgelegen, etwas geschützt ist und weil er die dortigen Bewohner für dänischgeimnt glaubt. Wie die Sachen in diesem Augen-blicke dort stehen, weiß man hier noch nicht, es möchte aber dem Feinde schwer halten, auf holsteinischem Boden, selbst auf kurze Zeit, Fuß zu fassen. Wir sind noch im Besitze von 20 bis 24 U. Meilen schleswigischen Territoriums. Die leghimigen Divertissements gegen Rendsburg sollen bloß Scheinangriffe ge-wesen sein, um diesen Coup auszuführen, oder wie andere mei-nen, ist letzterer mehr Schein, um auf Rendsburg einen Coup zu führen.

## Oesterreich.

Wien, 30. Oktober. Gestern 6 1/2 Uhr Abends ist Se. Majestät der Kaiser in Begleitung des Hrn. Ministerpräsidenten Fürsten v. Schwarzenberg, Hrn. FML. und Generalad-jutanten Sr. Majestät, Grafen Grünne, Baron Kübel jun., k. ö. österreichischen Gesandten in Kurhessen, Hrn. Major Grafen D'Donell und Grafen Werba, k. k. Rittmeister, Grafen Schönfeld und Hrn. Ministerialsekretär Buhl, direkt aus Warschau hier angekommen. Am Bahnhofe wurden Se. Majestät von Sr. kais. Hoheit, Hrn. Erzhzog Albrecht, den Erzhzogen Ferdinand, Karl und Ludwig, Sr. Excellenz Hrn. FML. und Generalleutnanten Grafen Wratislaw, FML. Grafen Elam-Gallas, FML. Ritter von Dref-hahn, FML. Fürsten Jaslowowsky, dem Statthalter Dr. Emingen nebst sonstigen Stabs- und Oberoffizieren in voller Parade empfangen. Die Fahrt, welche Ritter v. Francesoni persönlich leitete, ging ohne Störung und Hindernisse und ohne Aufenthalt vor sich; während derselben waren Se. Majestät emsig mit Schreiben beschäftigt.

N. B. Ein Unfall, welcher gestern Abend dem kaiserlichen Wa-gen, als Se. Maj. über den Stephansplatz fuhren, arrivirte, war sogleich das allgemeine Stadtgespräch, und drängte sogar die Neugierde, ob kriegerische oder friedliche Aspekten mitgebracht wurden, in den Hintergrund. Der Aufschlagshebel, nach An-den ein Schloffer, der überfahren wurde, soll stark verletzt sein; aber wie die politischen Angelegenheiten in diesem Augenblicke stehen, ist noch nicht bekannt. Der Kaiser fuhr in aller Frühe nach Schönbrunn, und dort dürfte jetzt eben Minister Rath ge-halten werden. Alles was von gestern auf heute gesprochen wurde, ist daher, sofern es auf den Stand der deutschen Dinge Bezug hat, mehr Phantasienspiel als Wirklichkeit. Die Truppen-märche haben nicht aufgehört, und nur die Journale haben das Feuern mit grobem Geschütz ein wenig eingestellt. Erst in den nächsten Tagen wird man wissen, nicht ob Krieg oder Frieden, sondern ob wirklicher oder scheinbarer Friede er-langt ist; so wenig man an den Krieg glaubt, eben so wenig glaubt man an einen wirklichen Frieden mit Preußen.

\* Se. kaiserliche Hoheit der durchlauchtigste Herr Erzhzog Ferdinand Max, Bruder Sr. Majestät des Kaisers, begibt sich nächstens nach Triest, um von dort eine Reise nach Westindien anzutreten.

Wiener Börse. 1/5. Im Café zeigte sich Vormittag wieder rege Kauflust, und Alles ging in die Höhe. 5 pCt wur-den mit 94, 4 1/2, 81 1/2—82, Nordb. 108 3/8—9 1/2. Gold 126 3/4, Silber 119 1/2. — Allein starke Verkäufe, die Nachricht von der Erkrankung eines namhaften Aktienbesizers und Drohen von Aufsen drückten den Markt, und jetzt notirt man: 5 pCt. 93 1/2, 4 1/2 pCt. 81 1/2—8 1/4, Nordb. 107 3/4—108, und Gold stieg auf 127 1/2—3/4. — Die Austria nimmt zur Notiz aus der Reform wegen eines Zusammengehens Preußens und Oester-reichs in der bethessigen Angelegenheiten: die Nachricht dürfte faktische Begründung finden.

<< Von der galizischen Grenze, im Oktober. [Wie Rußland die galizischen Wirren ausbeutet.] Viele polnische Gelehrte verkaufen ihre Besitzungen im König-reich Galizien und wandern nach Rußland aus, wo ihnen nach dem Verlust der Nationalunabhängigkeit mindestens die Abels-vorrechte gewahrt bleiben, indeß in Galizien neben der systemati-schen Ausrottung des polnischen Patriotismus zugleich dem lopa-len Bauernvolk in Rücksicht der dynastischen Anhänglichkeit jeg-liche Gewaltthat gegen die Aristokratie gestattet wird, welche zu verfehlen die Regierung seit lange her alle Hoffnung aufgegeben zu haben scheint. Die russische Regierung begreift die Nothwehr dieser Lage und beutet sie allenthalben mit der größten Umsicht aus, indem sie Warschau mittelst der Amnestierung vieler im Exil lebender Polen, so wie durch die fortwährende Auswanderung polnischen Adels aus Galizien und Posen, zum Mittel-punkt eines panslawistischen Potentums zu machen sucht, wel-ches sie bereits als Avantgarde gegen den Westen in Bewegung zu setzen hofft. Rußland giebt beifolgend die konservativen Ele-mente der polnischen Nationalität an sich, um sich durch deren künstliche Krystallisation ein entscheidendes Gegengewicht gegen die in voller Ferkung begriffenen Volksmassen Galiziens zu schaffen, die unter dem Einfluß der revolutionären Erregungsschal-ten der Wiener Bewegung einer vollständigen Entnationalisirung entgegengehen, deren letztes Resultat nothwendiger Weise die Bru-talität des reinsten Egoismus sein wird. Die österr. Regierung



beschäftigt leichtsinnig genug eine ungeheure Gefahr der Zukunft herauf, um nur den Verlegenheiten des Augenblicks zu entschuldigen; von dem nationalen Groll des polnischen Adels bedroht, flüchtet die Regierung in die Arme des Bauern, wo sie auch jetzt in der That Unterstützung findet, allein die jüngst gewährten Reformen im Gerichtswesen und namentlich die neuen Kommunalinstitutionen, ziehen im galizischen Landvolk eine unbändige Demokratie heran, die um so gefährlicher werden dürfte, als das sich bildende Selbstgefühl des stolz gewordenen Bauern durch keine bessere Einsicht gezügelt wird, und sich in kurzer Zeit mit demselben Trog gegen die Regierung kehren wird, wie es bisher der aristokratischen Herrschaft die Zähne gewiesen hat. Die in Selbstsucht und anarchoischer Auslehnung zerfallenen Volkszustände Galiziens werden seiner Zeit die schönste Gelegenheit für Rußland sein, um mit Macht daselbst einzuschreiten, wobei es auf die eifrige Unterstützung des Adels rechnen darf, der sich alsdann gleichzeitig an Oesterreich und an dem übermüthigen Bauernvolk zu rächen hoffen darf.

## Frankreich.

Paris, 28. Okt. [Tagesbericht.] Schon gestern Abend sprach man sehr viel von einem neuen Bruch zwischen dem Elysée und Changanier, und heute erfahre ich, daß der Zwischenfall nahe bevorsteht, der die gefährlichsten Folgen nach sich ziehen kann. Es wird mir Folgendes mitgeteilt: Sonnabends erfuhr Changanier, daß der neue Kriegsminister dem General Neymayer das Kommando abnehmen wolle. Die Dred sei vom Elysée gegeben worden. Neymayer ist beschuldigt, die Ausrichtungen der Soldaten seiner Division bei der letzten Revue verhindert zu haben. Changanier begab sich sofort in das Kriegsministerium und erfuhr daselbst nicht nur die Wahrheit der ihm gewordenen Mitteilung, sondern auch noch weit mehr, daß man nämlich noch mehrere solche Maßregeln bei der ganzen Pariser Garnison vornehmen wolle. „Ich habe noch mehrere solche Dekrete in diesem Portefeuille“, soll der Kriegsminister gesagt haben. „Ich nehme Akt davon“, erwiderte Changanier, „und werde der Nationalversammlung von den Mordthaten Rechenschaft geben, die mir die Zustimmung zu diesem Dekret verweigert.“ Der Zorn des Generals soll so heftig gewesen sein, daß der erschreckte Minister sich mit der Erklärung beilegte, er wolle einstweilen noch Alles suspendieren.

So war die Situation Sonnabend Abends. Die Nacht hat keinen Rath gebracht, und der Sturm wuchs vielmehr. Die Minister begaben sich zu dem General in die Tuilerien. Nach mancherlei Erklärungen rief dieser aus: „Das Alles ist nicht mehr zu ertragen. Ich werde die Permanenz-Kommission zusammenberufen, und es muß ein Beschluß gefaßt werden.“ Die Minister zogen sich in großer Aufregung zurück. Die Situation hat sich heute noch mehr verschlimmert; der Präsident beharrt bei seiner Dred, daß General Neymayer abgesetzt werde, was übrigens nur als Vorwand gebraucht werden soll, um den Bruch herbeizuführen. L. Napoleon hat ein anderes Motiv, und zwar folgendes:

Nachdem Hauptpoul dem General Changanier geoffert worden war, wollte man im Elysée gewisse Zusagen von dem General für die Zukunft haben. Ein General, der im Elysée, wie in den Tuilerien gleich gern gesehen wird, wurde zu Changanier geschickt, um jene Zusagen zu erlangen. „Sprechen Sie sich offen über die Dotation und die Verlängerung der Präsidialgewalt aus — sagte der Abgesandte zu Changanier —; der Präsident, der Ihren charakteristischen Charakter kennt, wird alsdann unbedingtes Vertrauen zu Ihnen haben, und Ihnen carte blanche über die Armee geben.“

Diese Vorschläge waren umsonst. Die Dotation erklärte Changanier für notwendig, aber über die Verlängerungsfrage beobachtete er ein obstinates Schweigen. „Wir wollen abwarten. Es preßst nicht. Wir wollen sehen, was die Versammlung sagen wird.“ Kein Wort mehr. Dies, wird mir versichert, ist die wahre Ursache des gegenwärtigen Zwischenfalls. General Neymayer ist der Vorwand, die Verlängerungsfrage die eigentliche Ursache.

7 Uhr Abends. Die Permanenz-Kommission ist zusammenberufen; Was hat sich krank machen lassen. General Changanier hat sich mit seinen Freunden berathen, und es ist einstimmig beschloffen worden, daß er in die Absetzung Neymayers nicht einwille. „Wird er abgesetzt — so lautet das letzte Wort Changaniers — dann werde ich die Tribune besteigen und vor dem ganzen Lande erklären, daß man einem General das Kommando genommen hat, weil er seiner Division verächtliche Ausrichtungen verboten hat.“

General Schramm ist in großer Verlegenheit. Der Präsident hat sich eingeschlossen, und läßt Niemanden zu sich.

## Großbritannien.

London, 26. Okt. [Preußen soll zur Anerkennung des Bundestages gezwungen werden.] Die in dem Kabinettsrath vom 23. v. M. berathenen russisch-französischen Vorschläge betreffen der schleswig-holsteinischen Angelegenheit und die Haltung Englands zu denselben finden in den getriebenen „Daily News“ eine Besprechung, welche gegen die Ergebnisse der „Times“ und „Globe“ gerichtet ist und nicht nur den maßlosen Affront, der mit jenen Vorschlägen Preußen angethan wird, scharf hervorhebt, sondern auch nachweist, wie nichtig die gegen Preußen gerichtete Anklage sei und wie man die schleswig-holsteinische Frage überhaupt nur zum Vorwand für die Bundesfrage gebrauche. „Daily News“ bemerken, das Verhalten Preußens und der Deutschen in Bezug auf Holstein sei einigermassen dem Verhalten Frankreichs zu Belgien nach 1830 analog. Die Sympathien des letzteren Landes für Frankreich waren so stark, daß die Franzosen sich nicht abweisen konnten; sie stürmten vielmehr Antwerpen und setzten einen ihnen eng verbundenen König auf den belgischen Thron. Was würde aber Frankreich gesagt haben, wenn Preußen oder England damals mit einer Invasion in den Elsaß oder die Normandie gedroht hätten? — Wenn jetzt Frankreich Preußen bedrohe, so gehehe das nur, weil Louis Napoleon sich bei dem Czaren insinuiert, wolle, denn, was ist ihm Dänemark oder Neuchâtel? Nicht so viel als ein Schluck aus dem Champagnerflasche. Rußland aber gebrauche Schleswig-Holstein nur als Parasiten; in Wahrheit wolle es im Bunde mit Oesterreich Deutschland wieder nach alter Weise beherrschen. Denn wenn es ihm darum zu thun war, dem holsteinischen Kriege ein Ende zu machen, so würde es dies durch die thätige Dazwischenkunft seiner Flotte oder weniger Truppen an der Eider erreicht haben. Schleswig-Holstein sei nicht das große Ziel der reactionären Mächte; man wolle vielmehr vor Allem Preußen aus seiner konstitutionellen Stellung drängen und unter die Botmäßigkeit des alten Bundes bringen. In Deutschland die Zustände von 1825 in ihrem ganzen Umfange wieder herzustellen, das sei Rußlands eigentliche Absicht. „Auf dem Fürsten-Kongress zu Regensburg contrainstuierte Metternich, als Vertreter seines Kaisers, das oberste Gern über die Könige Europas“, ein Protokoll, wodurch sich die deutschen Könige verpflichteten, 200,000 Mann und Oesterreich 150,000 Mann gegen Preußen zu stellen, um es zur Nachgiebigkeit zu zwingen. Als Preußen sich dadurch nicht einschüchtern ließ, griff der Bundestag nach auswärtiger Hilfe. Das unselige Londoner Protokoll war dazu das beste Mittel. Wir glauben sogar, daß die russisch-französische Note anders lautet als die „Times“ sagen. Die Mächte drohen Preußen mit einer polnischen Theilung, nicht um Schleswig den Frieden zu geben, sondern ihre Invasion

droht für den Fall, daß Preußen sich weigert, den Bundestag anzuerkennen. Giebt Friedrich Wilhelm IV. nach, so muß er die ultra-reactionäre Partei an's Ruder rufen; diese würde jede Spur konstitutioneller Freiheit in Deutschland vernichten, und das westliche Europa würde darauf bald wieder in die Irre des Despotismus gesteckt. Das ist das große Ziel, auf welches Rußland lossteuert. Als Rußland unsern Minister zur Unterzeichnung des Londoner Protokolls verlockte, verwickelte sie ihn in eine Allianz gegen die politische und religiöse Freiheit Deutschlands. So haben Rußland und Frankreich aus einer rein deutschen Frage eine europäische gemacht, die nicht verfallen kann, früher oder später den bittersten und hartnäckigsten Krieg zu entzünden. Die russisch-französische Drohung ist ein Ereignis, an dessen frühere oder spätere Folgen wir nur mit Schauern denken können.“ — Im Uebrigen weisen „Daily News“ darauf hin, wie ungerechtfertigt die vom „Globe“ gegen Preußen erhobene Anklage sei. Preußen habe Alles gethan, was es konnte; es habe Willkür von der Liste gestrichen, und alle preussischen Offiziere, die in schleswig-holsteinische Dienste traten, ihres Ranges und Soldes für verlustig erklärt, ja auch ihren Wittwen und Waisen die Pension entzogen! Was hätte es mehr thun können? Etwas selbst die Holsteiner unterwerfen? Dies zu erwarten, wäre zu unangebracht. (P. N.)

## Italien.

\*Rom, 21. Okt. Der königl. portugiesische Gesandte am päpstlichen Hofe, Baron de Venda da Cruz ist plötzlich nach Lissabon abgereist. Sicherem Vernehmen nach hat sich zwischen Portugal und Rom in Betreff der Befegung der in Sardinien befindlichen katholischen Bischofsstellen eine Differenz ergeben. Noch von jener Zeit her, wo Portugal, in Folge der Entdeckungsfahrten Vasco de Gama's und späteren Eroberungsexpeditionen sich in den Besitz einzelner Küstenstücke Ostindiens gesetzt, datirt ein von ihm behauptetes Patronatsrecht, rücksichtlich der dortigen Bischöfe. Der römische Hof entgegnet behauptet, dies Recht sei mit der Besitznahme Hindostans durch die Briten erloschen.

Schilderungen über die furchtbaren Zustände in Neapel. Die öffentliche Meinung und Stimmung zu Neapel wird seit längerer Zeit ganz von dem Prozesse in Anspruch genommen, der über die sogenannte Sekte der italienischen Einheit verhängt wurde. Dieser Prozeß wächst täglich zu immer größeren Verhältnissen und traurigern Beurtheilungen heran. Gegenwärtig verlangt man bereits die Hinrichtung von 42 Personen. Nicht allein die Ungültigkeit und Winzigkeit der Anklagegründe und der Beweise, sondern vielmehr die Form, in welcher zu Recht erkannt wird, die vorausgegangenen Thatsachen, um welche es sich hauptsächlich dreht, bewegen und erschüttern das Publikum. Ich erlaube mir die Versicherung zu ertheilen, daß sehr gemäßigte, ernste, konservative Leute, das unbefangene Fremde, welche mit eifriger Ausdauer den Verhandlungen beiwohnen, mehr als ein Mal voll umwillen den Kopf geschüttelt. Die Anklage beruht vornehmlich auf Störung, welche die bekannte päpstliche Benediktion am 16. Septbr. 1849 ertit. Damals explodirte eine halbe Unze Pulver, welche Niemand schabete. Diese Thatsache, welche nur auf wenige Minuten die öffentliche Ordnung auf dem Schloßplatz störte, und welche sich als Resultat einer fluchwürdigen Absicht kundthat, die allgemeine Andacht in dem Augenblicke zu trüben, wo der Papst seinen Segen über die frommen Neapolitaner spendete, wurde aufgegriffen als Demonstration einer Sekte, welcher man alsbald einen geheimen hohen Rath, eine besondere Organisation und einen weitverbreiteten Einfluß zuerkannte. Und wer sind die gemuthmaßten Großwüchsigkeiten dieser Sekte? Männer sollen es sein, die größtentheils Deputirte der auseinandergegangenen, aufgelösten und demnach auf ewig begrabenen Kammer waren. Und unter den Angeklagten sogar Staatsminister, Poerio, Dragonetti, Leute, welche König Ferdinand als konstitutioneller Monarch inständig gebeten hatte, das Portefeuille zu übernehmen. Der Baron Karl Poerio, welcher jetzt in einem schmuggelten Leiche zu S. Parents schmachtet, und vor wenigen Tagen in Ketten von Navarro gebracht wurde, war 1848 zuerst Direktor der Polizei von Neapel, nachher Minister des öffentlichen Unterrichts und zuletzt ein sehr beliebter Deputirter. Poerio nun rief in allen Verhandlungen mit dem König stets zu milden vernünftigen Schritten, er war nie ultraliberal, noch weniger radikal. Er war daher bei den radikalen demagogischen Schreibern des Frühlings 1848 verhaßt; mehr als einmal schrie man durch die Gassen „nieder mit Poerio“, und mehr als einmal forderte Poerio seine Entlassung. Jetzt steht Poerio als Hauptangeklagter vor Gericht, und man beschuldigt ihn, einer der Chiefs jener Sekte zu sein, welche die bestehende königliche Regierung umstürzen und die Republik proklamiren wollte. Belastungszeugen sind gefäßliche, kleinliche Feinde des Angeklagten, welche von Poerio als bestechliche Individuen zur Zeit seines Einflusses abgesetzt und entfernt worden waren. Die Demagogien sind überdies meist anonym; man arretirt geheimnißvoll in der Nacht. Ganz gegen das Gesetz ist es den Angeklagten verboten, ihre Vertheidigungen drucken zu lassen; ihre Einreden werden täglich nach einem konsequenten System ohne Ausnahme verworfen; die Entlastungszeugen sind nirgend aufzutreiben. Der ganze Prozeß wird nach einem neuen Ritual, „rito speciale“, behandelt. So wird unter Anderm den Angeklagten die Erlaubnis abgeschnitten, an die Suprema corte di giustizia zu appelliren, und das Urtheil, welches der Vorsitzende dieses Gerichts spricht, ist unwiderruflich! Der Präsident dieser Corte speciale, Hr. Navarro (ein Mann, wie allgemein bekannt, zur Grausamkeit geneigt), wurde von allen Angeklagten refutirt, weil eine der in dem Prozesse vorkommenden Anschuldigungen, auch die eines Mordbetrugs auf Navarro ist. Die Refutation wurde verworfen. Die Angeklagten sind lauter konstitutionell gesinnte Männer, meist Deputirte; ihre Richter sind Absolutisten. Seitdem die beschworenen freien Staatsinstitutionen verfallen sind, hat die Regierung alle die Magistratspersonen zu entfernen versucht, welche milde Gesinnungen gegen die politische Anklage hatten und laut werden ließen. Nur ausgewählte Reactionäre sitzen in Amt und Würden; es sind dieselben, welche die Petition um Abschaffung der Konstitution unterschrieben. Das Ende dieser traurigen Geschichte ist gar nicht abzusehen. (Allg. Z.)

## Schweiz.

Freiburg. Der Staatsrath hat die militärische Besetzung der Gemeinden Treybach, Willas und Berens durch 2 Kompagnien Schaffschützen und 2 Kompagnien Infanterie angeordnet. Um die dadurch entstehende Lücke in der Befestigung der Hauptstadt auszufüllen, sind noch 2 Kompagnien Infanterie in den Dienst berufen worden. (S. N. 3.)

## Sprechsaal.

### P. Ovidii Nasonis Metamorphoses.

Eine Auswahl für die Schule mit erklärenden Anmerkungen und einem mythologisch-geographischen Register von Dr. Otto Eichert. Netto-Preis 16 Sgr. Breslau, 1850. A. G. Schörey'sche Buchhandlung (F. S. Maske). Unter diesem Titel ist vor Kurzem eine Auswahl von 63 der interessantesten Erzählungen aus Ovid's Metamorphosen von dem schon durch anderweitige Leistungen in der pädagogischen Welt rühmlich bekannten Verfasser erschienen. Man kann über Auszüge und Verfassungen größerer Werke eine Ansicht haben, welche man wolle, darin stimmen wohl alle Pädagogen überein, daß zur

Rektüre und Interpretation in Schulen nicht Alles in den Metamorphosen geeignet ist. Der Stoff macht eine Auswahl nöthig. Wie beßere eine Menge purgierter Ausgaben von Juvenius, von Meinek und Mitarbeitern, von Nadermann, von Seidel u. A. Die meiste Anerkennung fand Wessens Auswahl, die in der neuen Bearbeitung von Felsbach in wenigen Jahren 3 Auflagen erlebte. Den früheren Unternehmungen reiht sich die Eichert'sche in würdiger Weise an. Man kann sich mit der Aushebung des Stoffes überall einverstanden erklären. Außer der passenden Auswahl des Stoffes bietet diese Ausgabe noch Folgendes. Beigefügt ist ein mythologisch-geographisches Register, das Alles zusammenfaßt, was zum richtigen Verständnis der Stellen in dieser Beziehung notwendig ist. An Vollständigkeit scheint es frühere ähnliche Indices zu übertreffen. Eine besondere Eigenthümlichkeit sind die unter dem Texte befindlichen Anmerkungen, bei denen der Verfasser den Zweck hatte, „besonders die syntaktischen Abweichungen der dichterischen Redeweise von der prosaischen zu erläutern“, um so „den Anfänger für das Verständnis der Dichter überhaupt zu befähigen.“ „Das grammatische Element ist vorzugsweise berücksichtigt worden; die wichtigsten Erscheinungen sind selbstständig besprochen und als Beleg dafür die (größere) Zumppe'sche Grammatik, so weit sie ausreichend war, citirt.“ Der Verfasser scheint angenommen zu haben, daß die (größere) Zumppe'sche Grammatik in der Klasse, wo die Metamorphosen gewöhnlich gelesen werden, d. h. in Tertia, im allgemeinen Gebrauche sei. Das ist aber auf gar sehr vielen Anstalten nicht der Fall. Die grammatische Erklärung hat der Verfasser mit strenger Konsequenz durch das ganze Buch hindurch festgehalten, und man muß es anerkennen, daß dadurch dem Schüler das grammatische Verständnis ermöglicht wird, ohne daß er sich der eigenen Denkfähigkeit überheben sieht. Aber hierin dürfte der Verfasser im Einzelnen oft zu weit gegangen sein, wenigstens sind für einen aufmerksamen Schüler die wiederholten Himmelführungen auf die versus spondaei und auch die griechischen Deklinationsformen überflüssig, da in der Regel bei der Rektüre die Metamorphosen der Hexameter und die griechischen Deklinationen im Zusammenhang durchgenommen werden. Auch hat das Streben nach größtmöglicher Kürze in der Erklärung Ausdrücke unterlaufen lassen, die den Schüler über das wahre Wesen der Sache nicht aufklären, wie integrierender Theil, prägnanter Sinn, der Gegenstand wird durch das Adjectiv affectirt, oder gar wie: que verbindet explicativ und der-gleichen. Die äußere Ausstattung ist vortreflich: schönes und festes Papier, großer, klarer und korrekter Druck. Der Preis für 18 Bogen gr. 8. ist billig. Alle diese Eigenschaften haben dem Buche in ganz kurzer Zeit eine rasche Verbreitung verschafft, da es bereits in mehreren Anstalten Schlesiens, Posen und im Oesterreichischen eingeführt ist.

## Provincial-Beitung.

Breslau, 31. Oktober. [Reformationsfest.] Der 31. October in Sachsen, trotzdem daß der König katholisch ist, wird von Alters her der öffentlichen Feier des Reformationsfestes alljährlich gewidmet bis auf den heutigen Tag. Die Reformations-Predigten von dem berühmtesten deutschen Kanzelredner Reinhard in Dresden, von denen die gerade vor einem halben Jahrhundert gehalten, eine ganze Reihe von Streitschriften hervortief, sind bekannt genug. Im Preussischen, namentlich auch in unserer Provinz, geht dieser hochheilige Tag ohne öffentliche, kirchliche Auszeichnung vorüber. Breslau macht eine Ausnahme. In Folge besonderer Stiftungen aus den Jahren 1756, 1777, 1780, 1797, 1815 und 1824 wird hieselbst derselbe alljährlich in 7 evangelischen Gotteshäusern feierlich begangen. Auch heute war es also. Die Kommunion des Maria-Magdalena-Symphonii war damit verbunden. Die Kirchen waren alle ganz voll. Zwischen Tage vorher hielt der „evangelische Verein“ durch zwei geistreiche, höchst anziehende Vorträge in fast überfülltem Räume eine Vorfeier. Möchte das musterhafte Beispiel der Hauptstadt in recht vielen Gemeinden der Provinz eifrige Nachfolge erwecken. E. a. w. P.

### \* Bericht über die Kammerei-Verwaltung der Stadt Breslau für die Jahre 1847, 48, 49.

Dieser Bericht, welcher 43 Druckbogen umfaßt und in der letzten Sitzung der Stadtverordneten vertheilt worden ist, giebt eine umfassende Darstellung über alle Verwaltungszweige der Kommune. Er ist für die Vergangenheit ein Beleg und Ausweis, und für die neue Gemeinde-Vertretung ein fester Anhaltspunkt. In der ruhmvollen geschichtlichen Epoche des preussischen Gemeinwesens ist dieser Bericht ein schätzbares Auenken. Für die Einwohner Breslaus ist er zur Beurtheilung unserer Kommunal-Zustände eben von großem Werth, weshalb wir es für Pflicht halten, da die Schrift nur Wenigen zugänglich sein dürfte, aus dieser die Haupt-Resultate der ganzen Verwaltung mitzutheilen und daran die Ergebnisse der einzelnen Verwaltungszweige, so weit es der Raum gestattet, zu knüpfen, so daß der Leser ein allgemeines Bild und genaue Uebersicht erhält. Die ganze Finanz-Verwaltung der Stadt Breslau umfaßt:

A. die eigentliche Kammerei-Verwaltung unter der Kammerei-Hauptkassse (die Frohnvest-Verwaltung hat besondere Rechnungsführung);

B. die von der Kammerei abgesonderte Verwaltung, als Institute u., die zum Theil unter der Instituten-Hauptkassse stehen, oder eigene Verwaltungskassen besitzen.

Zu A. gehören die weiter unten mit I. bis X. bezeichneten Verwaltungen.

Zu B. gehören und erhalten Zuschuß aus der Kammerei: die Haupt-Armens- und Armenkassse und Arbeitshaus, das Krankenhaus zu Allerheiligen, die städtischen Gymnasien, höheren Bürger-schulen, die Mädterschule zu Maria-Magdalena, die Kirchen zu St. Elisabeth, St. Bernharden, Kirche und Hospital zu Eistaufend Jungfrauen.

Unabhängig von der Kammerei bestehen: die städtische Sparkassse, die städtische Bankkassse, städtische Darlehnskassse, das Stadt-Leihamt, die Kirchen zu Maria Magdol., St. Christophori, die Apotheke zum Hospital Allerheil., die Hospitaler St. Trinitas, St. Bernharden, zum heil. Geist, St. Hieronymi, St. Anna, für alte Diensthofen, das Knaben-, das Kinderhospital, das Kindererziehungsinstitut, das Schiffske Waisenhospital, die städtische Feuerlöschkassse, die Gewerbesteuerkassse, der Fonds zur Ab-schaffung der Bankgerechtigkeiten, die Schiffsverderkassse, die Wittwenkassse städtischer Beamten, der magistratual. Fonds ad pios-us und der Stipendienfonds, die Sonntagsschule für Hand-schulungskassse für Handwerker, die Sonntagsschule für Hand-werk-schulung und noch 58 Stiftungen zu verschiedenen Zwecken.

Die sub A. vermerkten und unter der Kammerei-Hauptkassse stehenden Verwaltungen, welche mit ihren Einnahmen und Aus-gaben den Stadthaushalt aufrecht erhalten, sind:

VI. Städtische Marktall	6957	10	3	8229	7	5
VII. Cercois- und Ein-quartierungswesen	9688	—	—	7612	19	11
VIII. Altk- und Pösch-Kapitalien	72,084	23	—	66,835	11	5
IX. Allgemeine Verwaltung	74,207	9	—	281,863	16	9
X. Direkte Kommunal-steuer	187,345	18	6	9177	28	9

Dazu der am Jahres-schluß gebliebene Bestand . . . 27,993 14 11

Giebt Gesamt-Einnahme 500,931 22 10

Summa (incl. 41 Zblr. Rinscheine) 465,118 25 10

Es bleibt mithin ein Bestand von 35,812 Zblr. 27 Sgr.

Der Vermögens-Zustand der Kammerei im Allgemeinen hat sich im Uebrigen seit dem Jahre 1842, der Nothjahre letzter Zeit ungeachtet, nicht unerheblich verbessert.

Die Kammerei besaß:

I. am Schluß des Jahres 1842:

1) einen Kassen-Bestand in Verhältnissen und baar von . . . 44,758 Zblr.

2) das Ueber-schuß-Kapital der Holzhof-Ver-waltung . . . 33,188

3) zwei Hypotheken von . . . 14,700

4) durch höhere Schuldentilgung über den Plan hinaus . . . 36,165

5) ein Grundwerth in Gütern und Forsten 567,950

und sonstigem Eigenthum nach dem Ertrage von . . . 373,300

6) in der vom königl. Fiskus für die auf-gehobenen Mauthen zu zahlende Rente ppr. 8118 Zblr., einen Kapitalwerth von . . . 202,950

Summa 1,273,011

II. Bei Ablauf des Jahres 1849 dagegen:

1) einen Bestand an Verhältnissen und baar 35,812 Zblr.

2) in coursirende Stadt-Obligatien, Pand-briefen, Staats-Schuldscheinen, Aktien nach dem Nennwerthe u. . . 275,398

3) durch höhere Schuldentilgung über den Plan hinaus . . . 22,895

4) in Gütern, Forsten und sonstigem Eigen-thum, einen Kapitalwerth von . . . 1,173,483

5) in der vom königl. Fiskus für die Mauth zu zahlende Entschädigungsrente ppr. 7381 Zblr. 11 Sgr. 2 Pf., einen Kapitalwerth von . . . 189,534

zusammen 1,697,122

Ab davon die schwebenden Darlehne (an die Sparkasse 84,000 Zblr., an die Darlehnskassse und städt. Bank 97,000 Zblr., an den Bank-gerechtigkeits-Amortisations-Fonds 72,900 Zblr., an die Hauptarmen-Kassse 323 Zblr. 23 Sgr.) = 254,223

Verbleibt Ende 1849 Substanzwerth . . . 1,442,899

mehr gegen 1842: 169,888 Zblr.

Der Substanzwerth der neu errichteten drei Schulgebäude (71,590 Zblr.) ist hierunter nicht begriffen, eben so wenig die der Kammerei gehörenden Gebäude, welche zu öffentlichen Zwecken einen Ertrag gewähren.

Zur Ablosung der schwebenden Darlehne sind nun zwar im Laufe des Jahres 1850 Kammerei-Obligatien verzinlich zu 4 1/2 pCt., im Werthe von 200,000 Zblr. emittirt, eine eigent-liche Erhöhung der Verpflichtung der Kammerei an Dritte, also Schuldenerhöhung, ist es nicht, wie folgender Berechnung des Berichtes nachzusehen.

Die gesammte stehende Schulden-Summe der Kammerei be-trägt jetzt:

a. die ältere Schuld mit Einschluß der alten Renten und wies-derkäuflichen Zinsen . . . 1,173,038 Zblr. 18 Sgr. 11 Pf.

b. die neuere Schuld . . . 200,000

zusammen 1,373,038 Zblr. 18 Sgr. 11 Pf.

Davon besitzt die Käm-meri in Obligatien eigen-thümlich . . . 259,125

bleibt Schuld an Dritte 1,113,913 Zblr. 18 Sgr. 11 Pf.

Nach dem feststehenden Til-gungsplane beläuft sich das Soll der Schulden am Jahres-schluß 1849 auf . . . 1,195,913 Zblr. 21 Sgr. 3 Pf.

und die Kammerei schuldet mit-hin auch nach Zurechnung der aufgenommenen 200,000 Zblr. gegen den Plan an Dritte immer noch weniger . . . 82,020 Zblr. 2 Sgr. 4 Pf.

Aus den für die emittirten Kammerei-Obligatien eingegan-genen 200,000 Zblr. sind getilgt worden:

a. das Darlehn an den Bankgerechtigkeiten - Amortisations-Fonds per . . . 72,900 Zblr.

b. auf das Darlehn an die Darlehnskassse . . . 45,000

c. auf das Darlehn an die Sparkasse . . . 72,000

zusammen also 189,900 Zblr.

bleiben mithin 10,000 Zblr. Es werden und zwar in kürzester Frist getilgt werden der Ueberrest des Darlehns an die Sparkasse mit 12,000 Zblr., der Ausfall beim städtischen jetzt aufgegebenen Holzhandel pro 1849 zur Höhe von 18,600 Zblr., in Summa 30,600 Zblr., mithin durch einen Zuschuß von 20,000 Zblr. aus laufenden Mitteln der Kammerei. Zur Sicherung der 200,000 Zblr. ein Refere-Fonds von 50,000 Zblr. unter besonderen Verhältnissen ausreißend gedeckt worden. Die oben ausgeworfenen 30,600 Zblr. sind inzwischen jetzt voll-ständig abgetragen.

Nach diesen allgemeinen Bemerkungen gehen wir in einem nächsten Artikel auf die einzelnen Hauptverwaltungszweige über.

\* Breslau, 31. Okt. [Städtische Ressource.] In der letzten Generalversammlung der städtischen Ressource, welche zahlreich besucht war, wurde dem Schatzmeister über Führung der Kasse Decharge ertheilt und für seine Thätigkeit ein Dank votirt. Dem Vorsteher zufolge belief sich, mit Ausschluß der noch restirenden Jahresbeiträge, die Gesamt-Einnahme auf 1710 Zblr. Die Anzahl der Mitglieder, mit Einschluß der nach dem Kassen-Abschluß am 1. Oktbr. 1850 wiederum neu aufge-nommenen Mitglieder, betrug 1790, während noch 90 neue An-meldungen zur Aufnahme vorlagen, so daß, wie der Bericht sag-t, in diesem Jahre wohl die Anzahl der Mitglieder die aller frühe-ren Jahre bei Weitem übersteigen dürfte.

Die oben genannte Einnahme übersteigt die vorjährige um 70 Zblr., incl. 14 Zblr. eingegangener Mitgliedsbeiträge. Die lau-fenden Ausgaben betragen nur 1497 Zblr., doch trat eine von der Versammlung zu einer Extra-Ausgabe bewilligte Summe von 299 Zblr. hinzu, welche aus der laufenden Einnahme und von 299 Kassenbestände bewilligt wurde, so daß die Gesamt-einnahme sich auf 1796 Zblr. belief. Die erfolgte Neuwahl des Vorstandes durch Stimmzettel fiel auf die früheren Vor-standsmitglieder, auch wurden die Beisitzer bis auf zwei, an deren Stelle Andere treten, wieder gewählt. Ein Antrag aus dem Statuten, welcher vorschrieb, daß stets drei Mitglieder aus dem Magistrat und Stadtverordneten-Kollegium, oder aus beiden zu-sammen, im Vorstande sich befinden müssen, diese Stelle künftig wegzufallen zu lassen, blieb bei der Abstimmung zweifelhaft, worauf

unabhängig von der Kammerei bestehen: die städtische Spar-kassse, die städtische Bankkassse, städtische Darlehnskassse, das Stadt-Leihamt, die Kirchen zu Maria Magdol., St. Christophori, die Apotheke zum Hospital Allerheil., die Hospitaler St. Trinitas, St. Bernharden, zum heil. Geist, St. Hieronymi, St. Anna, für alte Diensthofen, das Knaben-, das Kinderhospital, das Kindererziehungsinstitut, das Schiffske Waisenhospital, die städtische Feuerlöschkassse, die Gewerbesteuerkassse, der Fonds zur Ab-schaffung der Bankgerechtigkeiten, die Schiffsverderkassse, die Wittwenkassse städtischer Beamten, der magistratual. Fonds ad pios-us und der Stipendienfonds, die Sonntagsschule für Hand-schulungskassse für Handwerker, die Sonntagsschule für Hand-werk-schulung und noch 58 Stiftungen zu verschiedenen Zwecken.

Die sub A. vermerkten und unter der Kammerei-Hauptkassse stehenden Verwaltungen, welche mit ihren Einnahmen und Aus-gaben den Stadthaushalt aufrecht erhalten, sind:

Einnahme 1849.				Ausgabe.		
Zblr.	Sgr.	Pf.		Zblr.	Sgr.	Pf.
I. Die Kammereigüter und Forsten	22,736	7	—	4926	9	4
II. Das städt. Grund-eigenthum	31,228	11	4	6347	26	8
III. Gewerbe-, Handel-u. Kommunitat-Ab-gaben	44,840	21	—	19,160	24	11
IV. Geistl., höh. Unter-richts- u. pädagi-gisch-angehörigen	2939	8	1	22,831	—	2
V. Elementar-Unter-richts-angehörigen	20,960	10	6	38,092	18	6



der Antragsteller den Antrag zurückzog, und die Statuten nun unverändert blieben, da alle übrigen auf die Statuten sich beziehenden Anträge keine Majorität erlangten. Der Antrag des Vorstandes, daß die Dinstags-Verfammlungen, mitbin auch die Vorträge und Fragekasten wegfallen, dagegen ein eigenes Lokal zu einer täglichen Ressource zu geselligen Zusammenkünften in Verbindung mit einem Lesekabinett gemietet werde, fand fast einstimmige Billigung. Der Vorsitzende erklärte hierauf, daß der jetzige Vorstand, der durch die Wahl der feuchere sei, diese Angelegenheit schon vorbereitet habe, und sobald das Lokal beschafft sei, folglich durch die Zeitungen das Weitere mittheilen werde.

[Theater.] „General Monk“, historisches Lustspiel in 5 Akten von Bailly, überfetzt von Hermann.

Der französische Verfasser hat bei seinem „General Monk“ eine ganz bestimmte politische Tendenz vor Augen gehabt: Frankreich müsse das legitime Königthum restauriren. Von dem Historiker hat das Stück nur die Namen entlehnt, alles Andere trägt so sehr die Farbe der gegenwärtigen Verhältnisse in Frankreich, daß sich die Sprache zumeist in französischen Journalphrasen bewegt. — Eben so wenig kann das Lustspiel aber auch auf künstlerischen Werth Anspruch machen. Eine geschickte scenische Zusammenstellung und vereinzelte komische Situationen machen noch kein Lustspiel. Zu einem solchen fehlt dem Stücke so gut wie Alles. Es wird zwar viel intriguiert, aber meist plump und ungeschickt, die Handlung ist ohne innere Verbindung, die Motivierung der Situationen höchst oberflächlich und von Humor und Charakteristik kaum eine Spur. Mit Ausnahme des Generals Monk, dessen Handlungsweise aber ebenfalls nicht klar motivirt wird, sind alle andere Personen des Stückes Draufgänger, die keinerlei menschliches Interesse anzuregen vermögen. Ein Lustspiel, in dem uns nur geistlose Tölpel begegnen, ist mehr als abgeschmackt, es vermag weder den Verstand zu beschäftigen, noch die Aufmerksamkeit zu spannen. Monk scheint zwar ein überlegener Geist zu sein, aber es fehlt ein Gegner, an dem er seine Ueberlegenheit darthun könnte.

Der französische Verfasser hat die Theilnahme des Zuschauers auch nicht für eine Person seines Stückes zu fesseln gewußt, oder vielleicht auch nicht gewollt, da es ihm lediglich darum zu thun war, für eine politische Tendenz zu agitiren. Ist dem aber so, dann darf man wohl mit Recht fragen, was dieses Machwerk auf der deutschen Bühne soll, wo alle jene politischen Beziehungen unberührt lassen müssen und, wie die erste Vorstellung bewiesen hat, in der That auch unberührt lassen.

**Breslau, 31. Okt. [Wein.]** Heute dedeckte ein unabschätzbarer Wagenzug die Ohlawerstraße. Er hemmte mehrere Mal den Straßenverkehr. Aus Ungarn durch Galizien über Neu-Bern hatte er eine weite Reise zurückgelegt. Pferde sehr prächtig. Wagen sehr prächtig. Aber der Geist ihrer Fässer hoch poetisch. „Vino! Vino!“ antworteten auf die an sie gerichteten Fragen, was da drinnen sei, die Fuhrleute. Diefelbe verstanden auch nicht ein Wort deutsch. Ueber ihrem zerlumpten Anzuge zottelten rauche, bunte Pferdebeden. Ihr käppisches Fuhrwerk war mit allerlei unfarbarem Lumpenwerk durch Striche und Strichen umwunden. Sie machten allgemeines Aufsehen. Was sie brachten enthielt viele Laufend goldne Räufchen, in welchen so manche Schlesier, wenigstens auf Augenblicke, der immer unheimlicher werdenden Gegenwart vergessen werden. E. a. w. P.

**Breslau, 29. Okt. [Evangelischer Verein.]** Hier des Reformationsfestes. Vorsitzender: Weingärtner. Bismarck beantwortete eine Frage bezüglich der von Unser und Anderen Luthern überlegenen vorgeworfenen Fälschungen dahin, daß dieselbe wohl von der für die Kämpfenden maßgebenden lateinischen Uebersetzung in vielen Stellen, nicht aber vom Urtexte abweiche, wenigstens nicht dem Sinne und Zusammenhang nach, wenn sie auch als Menschenwerk manche Fehler habe. Späteren Uebersetzern sei Luther als Vorbild unserer Sprache vielfach Vorbild geworden. — Es folgten auf die Beantwortung zwei Vorträge. Der erste über das Wesen des Protestantismus. Die reformatorische Bewegung betraf nicht bloß die Religion, sondern auch Staat, Kunst, Wissenschaft und soziales Leben; aber in der religiösen Reform reflektierten alle übrigen reformatorischen Bestrebungen, wodurch sie zu einem einheitlichen wurde, von dem aus wiederum erleuchtende Strahlen in alle übrigen Sphären drangen. Ueberaus verdient hervorgehoben zu werden die Thatsache, daß der heilige Geist die Bibel in die Hand gab. Aus dieser Quelle drang wahre Religiosität in das Volk; denn diese besteht in der selbständig erworbenen Ueberzeugung von der religiösen Wahrheit, woraus allein die ständige That hervorgehen kann. Dadurch fiel auch die Scheidewand zwischen Klerus und Laien und der Schwerpunkt fiel in die religiöse Gemeinde. Freilich verstand sich Luther nicht die freie Organisation zu schaffen; aber heute kann dieselbe nicht mehr ausbleiben, nachdem der Protestantismus seine befreiende That auch auf dem politischen Gebiete vollbracht und die bürgerliche Gemeinde organisiert hat. Das reformatorische Staatsstadium hat seine symbolischen Bücher verfaßt und dem Volke die Verfassung in die Hand gegeben, wie Luther ihm einst die Bibel dargereicht. — Das Schriftprinzip anlangend erklärt die lutherische Fraktion die Symbole für die einzig wahre Schriftauslegung. Freilich, wenn man an Buchstaben haftet, so wird man aus manchen Schriftstellen die Erbünde, die Satisfaktionsprote u. s. w. deduciren können; aber man möge sich dann nicht Luther's Jünger nennen. Seine Schriftklärung war auf den Geist gerichtet, wie sein (wenn auch hierin irrendes) Urtheil über den Jakobusbrief beweist. Der Geist der Schrift erkennen wir aber nur, wenn wir mit dem rechten Geiste an sie herantreten. Mit diesem sind wir ausgerüstet, wenn wir die christliche Idee erfasst haben, wie sie sich in der gesammten Gestaltung des christlichen Lebens offenbart. Wer sich heute in solcher Auffassung des protestantischen Prinzipis befindet, steht am wichtigsten Luthers Anker. — A. r. a. u. e. stellt das Wachsthum und die Verfolgungen der evangelischen Kirche in Schlesien in anschaulicher Uebersicht unter Hervorhebung einzelner bedeutender Begebenheiten, Schilderung einflussreicher Charaktere und Mittheilung interessanter Vorfälle dar, indem er dabei die für die Geschichte der evangelischen Kirche Schlesien durch ihre stumme Verebamkeit, durch ihre schlagenden Beweisgründe jugendlichen Kirchenarten des Pastors Anders in Glogau vorlegt. Der Redner geht von den ersten Anfängen unserer Kirche in Schlesien aus, weist ihre schnelle Verbreitung unter der Nachgiebigkeit der damaligen Bischöfe von Breslau, unter dem Schutze der Zeitverhältnisse und den theils freiwilligen, theils durch jene veranlaßten Duldungen der Kaiser nach. Er kommt sodann zu der Befreiung und Verlegung des Majestätsbrieffes und den dieser folgenden grausamen Verfolgungen dreißigjähriger Kriege (Ferdinand II., die Jesuiten, die Eistenheiner), wobei er ermahnt, nicht den jetzt lebenden Katholiken jene Handlungen zuschreiben zu dürfen. Es werden sodann die Friedenserklüsse, die Ultramontanen Konvention und die Gnadenkirchen erwähnt. Zuletzt wird die Herstellung des jetzigen Zustandes durch Friedrich II., den Eifer der Gemeinden nach 1740 und die weitere Wirksamkeit der preuß. Regierung, so wie in der Zeit des Gustav-Wolf-Vereins erörtert und mit einer mahnbenden Einweisung auf das Bollwerk und Erlösung geschlossen. — An diesen Vortrag anschließend legte Weingärtner den Verfassern an das hier, Schlesien's Schuld an den für dasselbe so segensreichen Gustav-Wolf-Verein abtragen zu helfen und bittet, dies schon heute durch eine Zeitschrift an bedürftige Gemeinden aus der Vereinskasse zu thun, da unter Kapital die Liebe ist. Es mögen dem eben sehr bedrängten Viebau 15 Thaler und eben so viel zusammen zu gleichen Theilen den Gemeinden Suttentag, Josenberg und Lublitz als Beihilge gewährt werden. Der Antrag wird einstimmig angenommen. — A. r. a. u. e. fordert auf, das Reformationsfest als freiwilligen Feiertag zu begeben (in Sachsen ist es ein gesetzter). Hierfür wünschte die Sammlung der Kollekte für den Gustav-Wolf-Verein am künftigen Sonntag durch Mitglieder dieses Vereins, worauf A. r. a. u. e. bemerkt, daß dies bei Bernhardsin geschehe. Am Ausgange wird für einen von Kraus empfohlenen, schon früher bewachten, in seinem Glauben standhaften, alten, evangelischen Christen gesammelt. Die Spenden werden zahlreich gegeben.

**Breslau, 29. Okt. [Katholischer Central-Verein.]** Präsidium: A. r. a. u. e. Es gibt überaus zahlreiche Versammlung eine ausgiebige Darstellung von den betäubenden Ereignissen, welche im Königreich Sachsen auf Veranlassung des radikalen Ministeriums für die Kirche sich zugetragen haben.

Die Geistlichen selbst im königreich Sachsen, wie früher überall, eine eigene Gerichtsbarkeit, das privilegium fori. Dieses Vorrecht ist der Kirche von Sachsen durch ein mit dem päpstlichen Stuhle abgeschlossenes Concordat garantiert. Das gegenwärtige radikale, d. h. Alles gleich machende Ministerium wollte auch dieses Privilegium abschaffen. Dazu stand ihm ein zweifacher Weg offen; der rechtliche, in-

dem es an den Papst sich wendete, und mit ihm wegen Abschaffung des gedachten Privilegiums in Unterhandlung trat. Man würde hier sicher in die Forderung des Ministeriums eingewilligt haben, da ja auch in andern Ländern dieses Vorrecht der Geistlichkeit längst aufgehoben ist. — Das Ministerium aber zog es vor, den revolutionären Weg einzuschlagen. Ohne mit dem päpstlichen Stuhle wegen Aufhebung des geistlich abgeschlossenen und zu Recht bestehenden Concordats sich in Unterhandlung einzulassen, brachte der Minister Siccardi den Geheißvorschlag vor die Kammern, wonach das in Rede stehende Vorrecht der Geistlichkeit ohne Weiteres abgeschafft wurde. Diefem widerrechtlichen Verfahren mußten sich die Bischöfe ihrer Pflicht gemäß widersetzen. Sie gaben den Geistlichen durch Rundschreiben Verhaltungsmaßregeln und verboten ihnen, in etwa vorkommenden Fällen auf Grund jenes widerrechtlichen Geheißes vor einem weltlichen Richter sich zu stellen, bevor die Angelegenheit mit dem päpstlichen Stuhle rechtlich ausgeglichen sei. Nun brauchte das Ministerium Gewalt, es ließ mehrere Geistliche, darunter den ehrwürdigen Erzbischof Franzoni von Turin, weil sie ihre Pflicht gethan hätten, ins Gefängnis legen. Nachdem der Erzbischof 3 Wochen in Untersuchungshaft gewesen, verurtheilte ihn das Gericht zu einer Geldstrafe und zu 4 Wochen Gefängnis. Wegen der Dauer der Untersuchungshaft ward er freigelassen. Mehrere niedrige Geistliche aber wurden nach wie vor im Gefängnis gehalten. Nun ereignete es sich, daß der Finanzminister Santa Rosa gefänglich erkrankte. Er begeherte die heil. Sakramente. Der von ihm verlangte Geistliche, der Pfarrer von Santo Carlo, begab sich vorerst privatim zu ihm und stellte ihm vor, wie nach den allgemein bekannten Grundsätzen der Kirche ein gekranktes Unrecht erst wieder gut gemacht werden müsse, ehe an eine Ausübung mit Gott und an den Empfang der Sakramente gedacht werden könne.

Deshalb verlangte er von ihm, daß er erst das der Kirche durch das Siccardische Geheiß zugefügte Unrecht, in sofern er daran Theil genommen, durch Widerruf gut mache, dann werde er ihm die Sakramente spenden. Anfangs weigerte sich der Pfarrer, später ließ er ihn jedoch wieder ruhen, leistete den verlangten Widerruf und empfing nun auch die Sakramente. Nach während der Spendung derselben verschied er. Inzwischen hatte sich indes der Pfarrer von Santo Carlo an den Erzbischof gewendet, und sich von ihm noch genauere Verhaltungsmaßregeln erbitten. Auch dieser hatte ihm der seufzenden kirchl. Ordnung gemäß die Weisung zugehen lassen, wenn der Pfarrer Santa Rosa nicht widerrufe, so sollen ihm die heil. Sterbesakramente nicht gehend, und er soll, wenn er stirbt, nicht heilich beerdigt werden. Da indes der Widerruf von Seiten des Ministers wirklich erfolgt war, so kamen diese Bestimmungen auch nicht in Anwendung, und er wurde mit allen Heilichkeiten zur Erde bestattet. Nichts desto weniger schritt das Ministerium auf Grund der gedachten Weisung, welche der Erzbischof, wie er nicht anders konnte, dem Pfarrer gegeben hatte, wiederum mit Gewalt gegen ihn ein; es ließ ihn verhaften und in strengen Gewahrsam auf die Vergebung seiner Felle bringen. Dann legte es einen Geheiß, der Pfarrer zusammen und gab ihm auf, etwas anzunehmen, auf Grund dessen er den Erzbischof verurtheilen könne. Man ließ ausprengen, der Erzbischof habe sich in faustfeindliche Verbindungen eingelassen, und durch die seine Papiere, um irgend etwas, was man daraus deuten könne, aufzufinden. Aber vergebens. Die ausgekauften Gerichte mußten wieder verschlucken. Nun schlug man alle Geheißstellen nach, ob nicht irgend eine auf den Erzbischof Anwendung finde. Aber man fand keine. Endlich machte man die Entdeckung, daß im 16. Jahrhundert ein Bischof vertrieben worden sei, weil er sich Uebergreife erlaubt hatte. Das glaubte man auch auf den Erzbischof anwenden zu können. Ein Gerichtshof von 14 Richtern wurde bei verschlossenen Thüren versammelt, und der sollte nun, weil das Ministerium es also wollte, das Urtheil, der Erzbischof habe seine Befugnisse überschritten und er müsse des Landes verwiesen werden. Dies geschah, ohne daß der Erzbischof gehört, ohne daß ihm ein Verteidiger gegeben, ohne daß ihm eine Appellation gestattet worden wäre. Solch ein Verfahren fand das Ministerium vereinbar mit dem von ihm in der Verfassung selbst aufgestellten Geheiß, wonach jeder vor dem Richter gelte, sein Privilegium mehr statthaben solle; wonach jeder öffentlich gehört, ihm ein Verteidiger gegeben, ihm die Appellation offen stehen solle.

Trotz der Demonstration des Papstes und seines Staatssekretärs wurde das Urtheil vollzogen und der Erzbischof am 26. Septbr. über die Grenze gebracht. Er begab sich nach Grenoble, von da nach Lyon und weil gegenwärtig in Genf. Ueberall wurde der standhafte Befenner von den Gläubigen mit den rührendsten Beweisen der Bewunderung und Ehrfurcht überschüttet. Allein diesen Attentaten und Gewaltmaßnahmen von Seiten des Ministeriums gegen die Kirche liegt eine tiefere Tendenz zu Grunde, die immer mehr zu Tage tritt. Man will die Kirche berauben, um von dem Gute derselben die ungetreue Schuldenlast in etwas abwälzen zu können, welche der Staat durch sein Buhlen mit der Revolution in den Jahren 48 u. 49 auf sich geladen hat. Um diesen kirchenräuberischen Plan durchzuführen, müssen die widerstrebenden Gelege und Personen beseitigt werden. Die ersten Schritte und Gewaltmaßnahmen, die diesen Plan offen zu Tage legen, sind bereits gegeben. Das Ministerium erließ an alle Geistliche den Befehl, die Befugnisse der Kirche genau aufzuzählen. Diefem Anfinnen widerlegte sich der Erzbischof von Cagliari, Morangiu-Muova, da die Kirche allein über ihre Befugnisse zu verfügen habe, und drohte, wenn man es mit Gewalt erzwingen wolle, mit den kirchlichen Strafen. Man ließ sich indes nicht abhalten, und strengte, um zu den gewünschten Dokumenten zu gelangen, mit Gewalt die Thüren. Man vertrieb der Erzbischof über die Urheber dieser Gewaltthat den großen Kirchenbann. Das Ministerium forderte die Zurücknahme, und da der Erzbischof es nicht that, ließ es ihn auf ein Dampfgeschiff bringen und nach Civita-Vecchia transportiren. Er begab sich nach Rom und ward für das an ihm begangene Attentat reichlich entschädigt durch die überaus herzliche Aufnahme, welche der heilige Vater diesem standhaften Befenner zu Theil werden ließ.

So weit sind die Sachen in Sardinien bereits gekommen, der vierte entscheidende Akt steht bevor. Der Staat wird nach den Grundsätzen des Kommunismus die Kirche ihres Besitzthums berauben. Aber es wird ihm, wie die Erfahrung es anderwärts bezeugt, keinen Segen bringen. Alle Staaten, in denen man die Kirche beraubt hat, haben davon keinen Vortheil gehabt, sondern sind immer mehr betadelt worden. Denn das Besitzthum der Kirche ist immer mehr betadelt worden, die Armen gehen. Seitdem aber von der Kirche und von den Klöstern die Armen nicht mehr gepflegt und bettet werden können, hat die Verarmung immer größer und immer drückender werden müssen.

Zu alle dem find in den Stiftungsbriefen alle diejenigen mit schwerem Kluge belegt, die es jemals wagen würden, die frommen Vermögensverhältnisse, das Besitzthum der Kirche und der Armen anzutasten und an sich zu reißen; dieser Fluch hat noch immer seine Wirkungen geübt. Der Redner konnte nicht umhin, nach solchen betäubenden auch auf die erschütternden Ereignisse hinzuweisen, die zur selben Zeit in andern Theilen der katholischen Kirche sich zugetragen haben. Nicht nur, daß das Band der Einheit und Einheit, daß die katholische Kirche auch äußerlich verbunden, durch die Greiung von Cardinallen in allen Ländern noch befestigt worden ist, nicht nur, daß der heil. Vater durch Gründung von 5 neuen Erzbisthümern in Nord-Amerika allen Katholiken Veranlassung zur Freude gegeben hat; der Gegenstand der Freude für die ganze kathol. Kirche ist vorzugsweise England, dasjenige Land, aus welchem die katholische Religion, nachdem es durch den lutherischen König Heinrich VIII. mit Gewalt von der Kirche war losgerissen worden, für immer verbannt zu sein schien. War doch wegen der grausamen Gelege gegen die katholische Kirche im Jahre 1760 die Zahl der Katholiken in England und Schottland bereits auf 60000 zusammengeschmolzen. Heute zählt England deren bereits wieder an zwei Millionen. Und zwar durch die dieser Auffassung der Kirche erst seit der Emancipation der Katholiken im Jahre 1829. Gregor XVI. stellte die Kirche in England unter 7 apostolische Bischöfe. Am 1. October d. J. hat Pius IX. England bereits wieder in 13 bischöfliche Sprengel eingetheilt und dieselben unter den neuernannten und gleichfalls zum Kardinal erhobenen Erzbischof von Westminster, Wiseman, gestellt. — Welche fremde Hoffnungen aber knüpfen sich für die Kirche an die vollständige Rückkehr Englands in ihren Schoß! Wenn die Bekehrung in der bisherigen Weise fortgeht, dürfen manche der jetzigen Generation sie noch erleben. Die Gebete für die Bekehrung Englands, zu denen sich die Katholiken Frankreichs, Spaniens, Portugals, Italiens u. s. verbunden haben, fanden wunderbare Erhellung. Hoffen wir, daß die Gebete des Bonifacius-Vereins in Deutschland die gleiche Wirkung äußern mögen und daß so die lang entbehrte Einheit der Kirche in allen Theilen der Erde wieder näher gerückt und endlich erreicht werde.

Nach einigen sehr interessanten Mittheilungen seitens des Herrn Sekretär Wiße nimmt noch Herr Kienemann das Wort und schildert in wenigen Zügen den Eindruck, welchen die Provinzial-Versammlung des katholischen Vereins zu Schweibitz auf ihn gemacht habe. — Ende nach 9 Uhr.

Nächste Versammlung in 14 Tagen, Dienstag, den 12. November. J. K.

**Breslau, 29. Okt. [Evangelisch-Lutherischer Verein.]** Präsidium: A. r. a. u. e. Vorträge: Stäuber begann, vom Seitenweisen zu reden; heute vorerst im Allgemeinen. Zuoberst: Begriff: Sekte (latein.) ist eine von dem Ganzen einer, namentlich kirchlichen, Gemeinschaft abgetrennte, abgerissene Partei, eine Gesellschaft, welche von jenem abweichende Meinungen heftigt (vorzüglich insofern man letztere für irrig und darum für schädlich erachtet). Dergleichen gab es schon unter den Philosophen des grauen Alterthums, unter Juden und Muhammedanern. Unter den Juden zu Zeit Jesu war die der Pharisäer, Sadducäer, Esäer. Im Christenthum gehören zu den Sekten alle diejenigen Vereine, welche mit der (herrschenden) Kirchenlehre nicht über-

einstimmen. Vergl. 2. Petr. II. 1. ff.; 2. Tim. II., 16 ff.; 1. Tim. IV. 1. ff. Solche Leute nannte man (etwa seit dem 13. Jahrhundert) auch Keger (griech.) Selbst die im wahren Glauben stehenden, belegte man mit solchen Namen. Vergl. Apokal. XXIV., 14. Auch Häretiker (griech.) hieß man dieselben. (Sich selbst pflegte keine Partei mit einem dieser drei Titel zu bezeichnen, weil jede sich überdies, sie folge der Wahrheit.) Eine Konfession nennt man auch eine besondere Religionspartei (insofern dieselbe in Annahme eines bestimmten Bekenntnisses sich vereinigt hat). Zweitens: Entschlebung. Sekten bildet „der Hochmuth des Verstandes“, welcher sich allein im Besitze der Wahrheit wähnt, und seinen Meinungen Geltung ertingen will. Drittens: Wirkung. Theils verberblich, insofern eine Sekte den Grundriß der Revolution verfolgt, und Viele zum Abfalle vom wahren Glauben verführt; theils heilsam, insofern die Gläubigen mit aller ihrer Kraft jener gegenüber nur noch fester in ihrem Glauben sich zu begründen trachten, und ihr Leben um so lebendiger hervorbringt. Viertens: Man verurtheilt sich und Andere davor durch Ehrgeiz vor Gottes Worte. Vergl. 2. Petr. III., 17; Tit. III., 10. — Auf Anlaß einer laut werdenden Stimme, wird erklärt, feindselige Angriffe auf Andersdenkende seien nicht wünschenswerth um des Friedens willen, und um sich die rechte Freude am Evangelio im Vereine nicht zu verkümmern. — Gräber bekräftigt das Vorgetragene und erörtert Inhalt und Form des ersten Hauptstückes in Luthers Katechismus, welcher, nicht ohne Beziehung auf die heiligen Geistes“, verfaßt, ein „Schah“ unserer Kirche ist. Das Ganze der 10 Gebote wird von einem Vor- und Nachwort, wie von einem Rahmen umschlossen. Jenes lautet: „Du bin der Herr, dein Gott. Diefes enthält sowohl eine Drohung als auch eine Verheißung. Ein drohendes Wort spricht insbesondere auch das 2., ein verheißendes das 4. Gebot aus. Die ersten 3 beziehen sich auf unser Verhältniß zu Gott, und zwar zu seiner Person, seinem Namen und seiner Verehrung; die letzten 7 auf unser Verhältniß zu andern Menschen. In Luthers Erklärungen ist jedesmal angedeutet, was wir nicht, und was wir thun sollen. Ein Baum soll nicht nur keine Laulen, sondern er soll gute Früchte tragen. — Mitglieder des thätig fortstrebenden, und aller niederschlagende wie erhebende Erfahrungen machenden Armen- und Kranken-Vereins erinnern an den 29. Oktober v. J., welcher als sein Geburtsdag betrachtet werden kann, an die Gnade des Herrn, welche bis hierher geübt, machen in Bezug auf Arbeitsgebot verschiedene Mittheilungen, bitten um Abhilfe der mangelhaften eintretenden Winter-Bedürfnisse, und laden die Handwerks-Meister für Dienstag Abend 7 Uhr in ihr Lokal (Weidenstraße Nr. 1) zu einer freundschaftlichen Besprechung ein. E. a. w. G.

**§ Breslau, 31. Oktober. [Von der ober-schlesischen Eisenbahn.]** Man vermutet, daß Sr. königl. Hoheit der Prinz Karl nebst Gefolge morgen Abend Warschau verlassen und im Laufe des Sonnabends hier eintreffen wird.

Die in letzter Zeit häufig eingetretene Verspätung der hier ankommenden Wiener Züge soll durch die zahlreichen Truppenbeförderungen im Oesterreichischen verursacht werden, welche oft den rechtzeitigen Anschluß der Ferdinands-Nordbahn an den ober-schlesischen Bahnhof verhindern.

**\* Kreis Dels, 29. Oktober. [Deputirtenwahl.]** — Gemeindeordnung. — Ablösungs-Angelegenheit. Der Abgeordnete des hiesigen Wahlbezirks in der zweiten Kammer, Kreisgerichtsdirektor Papl, früher zu Namslau, hat wegen Beförderung und Versekung nach Leobschütz sein Mandat niedergelegt. Nachdem nun in allen drei Kreisen des Wahlbezirks (Dels-Namslau-Wartenberg) die unterschiedenen Wahlmänner ernannt worden sind, wird die Wahl eines Abgeordneten künftigen Dienstag, den 5. November, im Gasthof des Eissimus zu Dels stattfinden. — In Betreff der Gemeindeordnung habe ich diesmal die Freude zu berichten, daß wenigstens etwas dafür geschehen ist, insofern eine Regierungsverfügung vom 29. August den Ortsbehörden bekannt gemacht wird, nach welcher die Endbeschlüsse der Kreiskommission über die zu bildenden Gemeindebezirke den Beteiligten mit der nöthigen Bezeichnung mitzutheilen seien, damit diese nöthigenfalls die Verufung auf die Bezirkskommission innerhalb der gesetzlich Frist anbringen können. Gleichzeitig werden die Ortsbehörden angewiesen, Befragungen über die erfolgte Veröffentlichung der genannten Beschlüsse einzuleiten. — Wie sehr der in diesem Blatte ausgesprochene Wunsch, daß bei den Ablösungen der Realitäten sich beide Parteien eines rechtlichen Vertrages bedienen möchten, gerechtfertigt ist, dafür habe auch ich ein nabelingendes Beispiel. In \*\*\* wurden hehufs der Ablösung der Besitzveränderungs-Abgaben (Kaudemien) bei den Bauergütern nur der Werth der Grundstücke in Betracht gezogen, bei den kleineren Stellen dagegen die ganze Wirthschaft, also Gebäude und vielleicht auch das nöthige Inventarium abgeschätzt, und auf diese Weise ein verhältnismäßig größerer Werth herausgebracht. Allerdings sind seit der Besitzveränderungs-Abgaben ohne Berücksichtigung des Objekts nur nach gewissen Prozentsätzen des Kaufpreises erhoben worden; wer also sein verpfändetes Grundstück aus eigenen Mitteln mit neuen Gebäuden und besseren Anlagen versah, mußte dann beim höheren Verkauf einen bedeutenden Theil des Kaufpreises als Kaudemium an die Grundherrschaft abtreten. Weil aber dies Verhältniß ein ungerechtes war, haben es die Gescheher geändert, so daß Besitzveränderungs-Abgaben von Gebäuden und Inventarständen nur dann verlangt werden können, wenn sich die Verpflichtung auf sie mit erstreckt, d. h. wenn Gebäude und Inventarstände erweislich unter dieser lästigen Bedingung von Berechtigten erworben worden sind. Dieser Umstand blieb bei der genannten Ablösung unbeachtet und so muß denn der ärmere Stellenbesitzer verhältnismäßig mehr zahlen, als der wohlhabende Bauer.

**\* Vom Fuße der Schneekoppe, 29. Oktbr.** Man hört nicht selten von Leuten, die weder einen Begriff von der Rechtspflege noch Kenntniß von den Formen der Prozeßführung haben, die ärgsten Schmähungen über die Ungerechtigkeit der Richter ausprechen. Geht man aber der Sache auf den Grund, so wird man fast immer finden, daß die geschmähte Ungerechtigkeit, oder die vermeintliche Rechtsunsicherheit ihre Ursache in mangelhafter Vertheidigung oder ganz ungenügender Beweissführung haben, da gewöhnlich die Parteien des Streitpunktes halber es unterlassen, sich eines Rechtsbegriffes zu bedienen, und entweder ihren eigenen Verstand, oder dem Rathe unwillkürlicher, eigennütziger Konsultanten folgen. Nachstehender Fall liefert einen Beleg hierzu. In einem Sonntage des verflossenen Sommers waren im Gerichtskreisraum zu G. mehrere dortige Einwohner und Gemeindeglieder aus A. versammelt, um ein Glas Bier zu trinken. Man kam unter Andern auf die bevorstehende Ablösung der an die Grundherrschaft zu leistenden Abgaben zu sprechen, und einige Anwesende äußerten den Wunsch, das neue Ablösungsgesetz kennen zu lernen. Einer der Gäste hatte das selbe, wie die Gemeindeordnung, bei sich, und es wurden beide Gesetze den Versammelten vorgelesen. Die Polizei, welche hierzu Kenntniß erhielt, betrachtete die Versammlung für eine zur Besprechung öffentlicher Angelegenheiten veranfaltete, und denuncierte, da dem § 1 des Gesetzes vom 29. Juni v. J. zuwider nicht mindestens 24 Stunden vorher der Polizei davon Anzeige gemacht worden war, auch ein Vorsteher, Ordner, Leiter nicht ermittelt werden konnte, die Vorleser zur Untersuchung. Diese, im Gefühle ihrer Unschuld, glaubten sich hinreichend gerechtfertigt zu haben, wenn sie durch Darlegung des Sachverhältnisses die Grundlosigkeit der Denunciation erwiesen. Sie unterließen daher die zu ihrer Vertheidigung dienenden Beweismittel — Zeugen — mit zur Stelle zu bringen, oder dieselben dem Gerichte so zeitig anzuzeigen, daß sie noch zum Termine beigebracht werden konnte. Das Gericht konnte deshalb auf die durch keine Beweise unterstützte Vertheidigung keinen Werth legen, und mußte auf Grund § 13 des angezogenen Gesetzes einen jeden der Angeklagten zu einer Geldbuße von 5 Thalern verurtheilen. Diese scheinen nun über Rechtsverlebung und Ungerechtigkeit des Richters, während sie selbst ihr Schicksal verschuldet haben, indem sie ihrer Strafe sehr leicht hätten entgehen können, wenn sie die Aufforderung der Vorladung beachtet und die erforderlichen Beweismittel beigebracht hätten.

**Grünberg, 30. Oktober. [Weinbau-Jubiläum, 2ter Bericht.]** Wie unser erster Bericht der nicht minder willigen, als gemüthlichen Ausschmückung des hier gefeierten Jubiläums festes galt, so wendet sich unser heutiger Bericht dem vollen Ernste — dessen Bedeutung zu. Die in unserer ersten Nachricht erwähnte Eröffnungsrede hatte dessen vollen Ernst des Festes aus schließlich ins Auge gefaßt, weshalb wir auszugeweiht nur wir derzulegen brauchten, was sie, nach Beendigung des feierlichen Morgenliedes, den versammelten Tausenden vor die Seele führte. Danach war das Fest ein Dankfest gegen Gott und diejenigen braven Vorfahren, welche vor 700 Jahren den hiesigen Weinbau begründet, doch auch ein Fest der Erinnerung zum unverlorenen fassen Nachseher. — Bereits nach 993 erzählt die schriftliche Geschichte von Weinbergen in der Gegend von Trebnitz, Dels, Löwenberg u. s. w., wogegen sich die vollständigste Wahrscheinlichkeit dafür vereinigt, daß der hiesige Weinbau erst gegen 1150 von Flämändern, also Deutschen, begründet worden. Derselbe erst im Laufe der Zeiten manch' schwere Drangsale, theils durch Kriegshorden, theils durch harte Winter, welche unter Andern in den Jahren 1453 und 1513 den Weinstock bis auf die Wurzel dergestalt vernichteten, daß volle 8 und 12 Jahre hindurch keinerlei Weinlese möglich war, und schwere Opfer zur Neupflanzung des Weinstocks erfordern wurden, bis man es endlich in neuester Zeit gelernt hat, auch solchen Wurzelstöcken zu begegnen und die Weinstöcke in Kurzem aus sich selbst zu erneuen. Der Ertrag des im Grünberger Kreise diesseits der Oder auf ungefähr 4500 Morgen Landes betriebenen Weinbaues hat, nach einem vorgangenen gedruckten Werken darüber, sich in den neueren 22 Jahren, von 1824 bis 1845, auf jährlich 20,480 Eimer durchschnittlich belaufen, wofür an Mollsteuer 112,000 Rthlr., also durchschnittlich 5100 Rthlr. jährlich bezahlt worden sind. Moll- und Grund- oder Servis-Steuer zusammen betragen jährlich 1 Rthlr. 16 Sgr. auf den Morgen, was gewiß Jedermann sehr hoch finden wird, bedenkt man, in wie gedrücktem Ruhe und Preise der hiesige Wein leider noch immer steht, und wie der Weinbau bisweilen keinen Ertrag giebt, wohl aber alle Jahre so hohe Kosten erfordert, daß das Viertel (¼ Erbsen) an Erzeugungskosten durchschnittlich auf 10 Rthlr. zu stehen kommt. Und doch hat, trotz aller dieser Bedrängnisse und Belastungen, der hiesige Weinbau bereits ein Alter von 700 Jahren errungen, was wohl auch dem Unglücklichsten als Beweis dienen kann und muß, daß er kein Kind bloßer Laune, sondern der legitime Sohn eines wahrhaftigen Berufes, einer vollendeten Berechtigung ist. Und welcher ein Retter und Helfer in schwerer Zeit, welcher ein hoher Segen ist er nicht so mannigfach den Bewohnern Grünbergs und dessen Kreises gewesen! Die Hunger- und Seuchen-Jahre von 1431 — 1442 wurden durch ihn und die damals blühende Tuchmanufaktur für Grünberg erträglich gemacht; im 30jährigen Kriege, wo das wohlhabende blühende Grünberg rasch von 10,000 glücklichen Einwohnern auf kaum 1500 verarmte Verzweifelte herabgesunken war, brachte der Weinbau gegen 1640 den trostlosen Bewohnern Hilfe durch reiche Fülle. In den 1820er Jahren, wo die hiesige Tuchmanufaktur nur Kummer und Verzweiflung bot, waltete Gottes reiche Fülle in den Weinbergen zum Trost und zur Hilfe vieler. Und wer könnte je des Jahres 1846 vergessen, wo Hungersnoth mit Arbeitslosigkeit sich zur Qual der Menschen auch bei uns verbunden hatten? Auch da war es abermals der Weinbau, der eine noch nie dagewesene Fülle trefflicher Trauben über uns ausschüttete, und damit den herben Gram Tausender in süße Freude verwandelte! — Demungeachtet meinen noch immer einige kluge Leute, der hiesige Weinbau sei weder vom Boden noch vom Klima begünstigt, und werde besser aufgegeben, als fortgesetzt. Dies verberbliche Vorurtheil mußte — so knüpfte der Sprecher an — bis auf den Tod bekämpft, und wolle es Gott, mit der Wurzel ausgerottet werden. Man möge wohl Acht geben, wenn in hiesigen Gärten irgend Froschschaden eintrete, oder unglückliche Witterung die saure Traube zu keiner andern als Essigreife gelangen lasse, dann finde man, daß in den hochgepriesenen Weinbergen des Rheines fast immer ganz derselbe Froschschaden stattgefunden oder ebenfalls nur Essigwein geerntet worden. Zu nicht selten würde die hiesige Traube früher reif, als am Rhein, liefern wohl gar einen trinkbaren Wein, wo letztere kaum zur Reife gebräuen. Hierzu weise namentlich der leichte und doch frische Boden unserer Berge mit, welcher die Sonnenstrahlen leicht in sich aufnimmt, die Masse leicht verflüchtigt. Doch sei man bei uns weit entfernt, den besseren Rheinweinen nicht den unbedingten Vorzug größerer Feinheit und des Aromas einzuräumen, so bevorzugt hiesige Weine auch durch größere Milde und Geistigkeit wären. Man verlange nur, daß endlich, neben dem Tadel hiesiger schlechter Gewächse, auch das Lob der guten zugelassen, dieselbe Gerechtigkeit endlich den inländischen Weinen eingeräumt werde, welche alle Welt so müßig den ausländischen zugebe. Wohl habe sich's der hiesige Weinbau sauer werden lassen, 700 Jahre zu bestehen, doch er dürfe sich wahrhaftig seines sauren Schwitzes weniger schämen, als gewisse Leute ihres süßen Lächelns, womit sie Wibelien begleitet, die fort und fort einem ehrenwerthen vaterländischen Erwerbszweige empfindlichen Schaden brächten. Peinliche Leute möchten nicht fürchten, die öffentliche, laute Lobrede unseres, durch 7 Jahrhunderte bewährten und gewinnenden Weines werde, statt ihm wohlverdientes Ansehen und seiner Güte angemessene Preise zu verschaffen, nur dazu dienen, seine harte Bekämpfung zu verewigen. Dies gleiche der Furcht berzigenen Unglücklichen, welche lieber dem Bettelstande als dem Wohlstande angehörten, um nur keine Steuern bezahlen zu dürfen. Sei wider Erwarten zur Erlangung eines gerechten Rufes und Preises für den hiesigen Wein Alles vergeblich versucht worden, so werde von selbst dessen jegige unbillige Bekämpfung zur Unmöglichkeit werden. — Alle Beweise der Geschichte und Erfahrung vereinigen sich schließlich dahin, daß Grünberg, dessen Hauptnahrung auf die Tuchmanufaktur angewiesen sei, an seinem Weinbau wenigstens einen unschätzbaren Nothzweig großen besitze. „Dies — so schloß der Redner mit hochgehobener Stimme — möge uns und unseren spätesten Nachkommen mit Flammennadeln und ohne Unterlaß vor der Seele stehen, damit uns und sie nicht minder zu jeder Zeit der tiefste Dank gegen die einsigen Begründer des hiesigen Weinbaues durchdringe, als das kräftigste Streben, was sie vor 700 Jahren zu größerem Segen gepflanzt, in Ehren zu bewahren und zu immer größerer Volkseinheit zu führen. Wozu möge der allerbarmende, allgütige Gott seinen Segen geben!“

**Görlitz, 29. Oktober. [Verschiedenes.]** Der vielverdienende Rektor und königliche Professor des hiesigen Gymnasiums, Dr. Anton, Ritter des rothen Adlerordens, ist von der Universität Halle zum Doktor der Theologie ernannt worden, und hat in diesen Tagen das Ehrenplum erhalten. — Schon gestern Vormittag war der königl. Regierungs-Massor v. Ribbeck aus Lignitz hier angekommen und im Gasthof zum Preußhof abgestiegen, um heute, wie man hört, in einer besonders dazu bestimmten Konferenz im Stadtverordneten-Saale mit den versammelten Mitgliedern der hiesigen Bäder-Zinnung unter Zuziehung magistratlicher Deputirten über Regulirung und Festsetzung der von ersteren gemachten Bankenscheidungsansprüche zu verhandeln. (E. 3.)



Künftigen Dienstag, den 5. November, Vormittags 9 Uhr, wird die hiesige Provinzial-Bibelgesellschaft in der Kirche zu St. Barbara das Alter ihrer 30jährigen Wirkksamkeit feierlich begehen, und erlaubt sich, ihre Mitglieder, so wie überhaupt alle Freunde des Gottes-Weits zum Theilnahme an demselben hiernit ergebenst einzuladen. Mit Zustimmung wird die Feier durch Pastor **Laffert** eröffnet, und die Festpredigt von **Confissorial-Rath Wachter** gehalten werden. Nach Beendigung der **Gesellschaft** **Kutta** eine Ansprache halten und eine Anzahl von Bibeln an arme Confirmanden aus der Stadt vertheilen. Bei den Festgesängen kommt das Breslauer Gesangbuch in Anwendung; es werden also die werthen Festgenossen freundlich ersucht, sich mit demselben zu versehen. An den Kirchthüren werden Mitglieder der genannten Gesellschaft wohlthätige Beiträge zur Förderung der Bibel-Verbreitung dankbar in Empfang nehmen.

**Das Comité der schles. Provinzial-Bibelgesellschaft.**



